

# Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alter-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Vollstreckungs-  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Von unserem Stuttgarter Verbandstag.

II.

Am vierten Verhandlungstag hielt Genosse Dr. Frick Naphthal einen fleißigsten Vortrag über „Wirtschaftliche Tagesfragen“. Ist es an sich keine leichte Aufgabe, in die verschlungenen Probleme unserer modernen Wirtschaft einzudringen, so bedarf es gründlichster Kenntnisse und der völligen Beherrschung einer leichtverständlichen Vortragweise, um das Interesse der Angehörigen eines Berufsstandes so zu fesseln, wie es dem Referenten in seinem fast zweistündigen Vortrage gelungen ist. Die einzelnen Glieder müssen sich dem Allgemeininteresse unterordnen. Die Arbeiterchaft ist als Produzent wie als Konsument einer der wichtigsten Faktoren in unserer Wirtschaft. Aber gerade deshalb ist es unmöglich, daß eine Arbeitergruppe für längere Zeit eine gesonderte und aus der allgemeinen Entwicklung herausfallende Berufs- oder Lohnpolitik treiben könne. Der notwendige Ausgleich wird durch den Gesamtrhythmus im Wirtschaftsleben immer wieder hergestellt. So wenig wesentliche Fortschritte unserer Produktionsmethoden übersehen werden können, so wenig dürfte es einem Menschen einfallen, eine erheblich bessere Gestaltung unserer Lebenshaltung zu bestreiten. Geschehe das dennoch, so werde übersehen, daß gerade durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die der Arbeiterchaft durch Jahrhunderte anezogene Weidmühsamkeit beseitigt und wesentliche Verbesserungen erreicht werden könnten. Im engsten Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik steht die Sozialpolitik. Ihr Ausbau in einem Maße, wie die Gegenwärtigen als notwendig anerkannten Maßstabe werde ebenso wie die Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft durch die Reparationsfrage gehemmt, die als wichtigstes Problem der gegenwärtigen und vielleicht noch der nächstfolgenden Generation unseres Volkes anzusprechen sei. Nach den Genfer Vereinbarungen ist zu erwarten, daß die Verhandlungen zu einer Reform des Dawesplanes in Fluß kommen. Auch die Frage geht die Arbeiterchaft an, ist für sie von größter Bedeutung weil sie eine Steuerfrage ist, wovon doch in erheblichem Maße die breite Masse getroffen wird. Auch ob direkte oder indirekte Steuern erhoben werden, ist nicht ohne Bedeutung, um so mehr auch direkte Steuern auf den Konsumenten abzuwälzen sind.

In sehr interessanten Ausführungen legt der Referent dar, wie weitgehend die Verbindungen sind, die allein mit der Aufrollung der Reparationsfrage in Betracht kommen. Wenn man auch zu manchen Punkten der Reparationsfrage recht skeptisch sein müsse, wäre es doch ein dringender Wunsch, daß es bald zu einer festen Regelung der Kriegsschulden kommen möge. Im nächsten Jahr wird das Reich für die Reparationen 300 Millionen Mark mehr aufzubringen haben als bisher. Es frage sich, wie das steuerpolitisch am besten geschehe. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Ausgaben für Kulturaufgaben, wären keine Einschränkungen möglich, es könne sich also nur darum handeln, diese Einsparungen beim Wehretat und durch rationale Verwaltungsformen zu machen. Die Schaffung eines Einheitsstaates sei so notwendig, daß kein vernünftiger Mensch es bestreiten kann, aber trotzdem werden noch große Hindernisse aus dem Weg geräumt werden müssen. Auch mit den Einschränkungen der Mittel beim Heeresetat wird das nicht so leicht durchzuführen sein. Um so weniger, wenn wir von dem Standpunkt ausgehen, daß wir dem Staate, als Vertreter des Volksganzen, eine Sicherheit gegen außenpolitische Angriffe gewähren müssen.

Nach Ansicht des Referenten dürfte eine verstärkte Alkoholsteuer die vernünftigste Maßnahme sein, weil der einzelne Steuerzahler ihr am leichtesten ausweichen könne. Jedenfalls werden wir künftig in erhöhtem Maße mit dieser Steuer zu rechnen haben. Sicherlich werden sich auch die Arbeiter in den einzelnen Zweigen der Alkoholproduktion dagegen auflehnen, aber das darf nicht ausschlaggebend sein, denn daran ist unbedingt festzuhalten, daß Gruppeninteressen hinter dem Allgemeinwohl zurückstehen müssen.

Außerdem käme ein weiterer Ausbau der Hauszinssteuer in Betracht, die heute leider nur zu einem Teil für den Wohnungsbau zur Verwendung komme. Die Arbeiterchaft habe alle Veranlassung, für die Aufrechterhaltung dieser Steuer zu wirken; denn auf absehbare Zeit hinaus ist der Bau von Kleinwohnungen ohne öffentliche Zuschüsse nicht durchzuführen. In innigstem Zusammenhang mit diesen steuerpolitischen Fragen stehe die Einfuhr ausländischen Kapitals, unsere Anleihepolitik und Kapitalversorgung; die Nichtregelung der Reparationsfrage habe einen so großen Einfluß

ausgeübt, daß diese sogar bei der Aufnahme von Anleihen für Wohnungsbauten auf die größten Widerstände stieß, wobei auch noch andere und sogar weniger naheliegende Faktoren einen verderblichen Einfluß ausübten.

Ausführlich behandelte der Redner dann noch das Problem des Freihandels und der Schutzzölle, des Preisniveaus in Deutschland, Fragen der Wirtschaftspolitik, die eine außerordentlich bedeutsame Rolle spielen und auch für die Arbeiterchaft von größtem Interesse sind. Aber es dürfe nie vergessen werden, daß in einer grundsätzlichen Aenderung des heutigen Wirtschaftssystems, wie uns die Erfahrung gelehrt, nur Schritt für Schritt vorgegangen werden muß. Nie wird es gelingen, plötzlich und ohne Uebergänge das kapitalistische Wirtschaftssystem außer Kraft zu setzen. In der Wirtschaft gibt es keine großen Sprünge. In diesem Ringen, durch fortlaufende Einzelkämpfe wird es uns gelingen, die Wirtschaft zu durchdringen und vorwärtszukommen zu dem endgültigen großen Ziel: zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Reicher Beifall lohnte den Referenten für die eingehenden Ausführungen. Ein Geschäftsordnungsantrag auf dreiviertelstündige Rededzeit für einen Korreferenten wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt; worauf Kollege Nagel, Leipzig, seinen gegensätzlichen Standpunkt in der Forderung auf Abbau der indirekten Steuern und der Schutzzölle, Umstellung der Luxus- auf zielbewußte Bedarfsproduktion und strengste Durchführung der Kampfpole. „Klasse gegen Klasse“ zum Ausdruck brachte. Ihm trat Kollege Schlemann, Berlin, unter Gegenüberstellung der deutschen und der russischen Wirtschaftsbeziehungen wirksam entgegen. In seinem Schlusssatz sprach Genosse Naphthal die Hoffnung aus, daß die sachliche Stellungnahme zu den Gegenwarts- und Zukunftsproblemen durch die vom Kollegen Nagel vertretene Parteilichung auch außerhalb dieser Tagung beibehalten werden möge. Hier könne von grundsätzlicher Gegnerschaft keine Rede mehr sein. Wenn sich die deutsche Arbeiterchaft hier zusammensinde, dann sei die Voraussetzung für weitere Fortschritte gegeben. Den Blick voraus auf das Endziel und Förderung der Gemeinschaftsarbeit auf genossenschaftlicher Grundlage. Eine Zusammenfassung der gesamten Arbeiterchaft ist nur möglich, wenn sich die Ueberzeugung durchsetzt, daß auch für die Gegenwart gearbeitet werde.

Darauf sprach Kollege Streine über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufskollegen in verschiedenen Ländern“.

gestützt auf die statistischen Erhebungen, die das internationale Malersekretariat im verfloßenen Jahre gemacht hat. Zentrale Tarife haben Dänemark, Deutschland, England, Holland, Norwegen, während in Schweden, Oesterreich, Ungarn und Tschechoslowakei die Einzeltarife vorwiegen. In allen Ländern ist die Arbeitszeit gut geregelt, die 48-Stunden-Woche ist überall tariflich festgelegt, wenn auch in Einzelfällen Samstag früher Arbeitschluss ist. Vorherrschend ist im allgemeinen das Stundenlohnsystem, nur in Dänemark besteht auf der ganzen Linie ein bis ins einzelne gehendes Tarifsystem über die Akkordarbeit. In England, Schweiz und Schweden wird nicht im Akkord gearbeitet. Ferien haben in den meisten angeschlossenen Ländern Eingang gefunden, an deren Erweiterung wird allgemein gearbeitet. Er beschäftigte sich weiter mit den Lehrlingsverhältnissen in den einzelnen Ländern und mit den technischen Einführungen und Vervollkommungen im Malergewerbe und deren Einfluß auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Berufskollegen. Statistische Erhebungen sind aus verschiedenen Ursachen und besonders wegen der Verschiedenheit der Sprache außerordentlich schwer und es muß der nächsten Zukunft überlassen bleiben, einen Modus für vergleichbare Resultate zu finden.

Eine Diskussion fand nicht statt, so daß die Beratung über den

Entwurf zur Einführung einer Invalidenunterstützung in unserm Verbands aufgenommen werden konnte.

Die Begründung zum

Entwurf einer Invalidenunterstützung gab Kollege Mehrens. Noch gelegentlich der Generalversammlung in Nürnberg habe der Verbandsvorstand der Einführung, wenn auch nicht ablehnend, so doch recht skeptisch gegenübergestanden. Der Vorstand sei aber durch die Annahme eines Antrages verpflichtet worden, der nächsten Generalversammlung einen Entwurf zu einer Invalidenunterstützung vorzulegen. Aber auch für den Fall, daß dieser

Antrag nicht vorgelegen hätte, würde der Vorstand sich veranlaßt gesehen haben, einen Entwurf auszuarbeiten; denn seitdem sei die Invalidenunterstützung von soviel Verbänden eingeführt worden, daß sich auch die restlichen dem nicht entziehen könnten. In den letzten Monaten hätten auch der Metall-, Fabrik-, Schuhmacher- und Holzarbeiterverband diesen Unterstützungszweig einzuführen beschlossen.

Bedenken prinzipieller Art, wie sie aufgetaucht seien, daß unsere Organisation dadurch den Kampfscharakter verlieren könne, hätten im Vorstand nie bestanden, umgekehrt vertrete er die Auffassung, daß erst durch die Einführung der Unterstützungen die Kampfkraft der Organisation gewaltig zugenommen habe. Es sei dadurch die Fluktuation eingedämmt, das Solidaritätsgefühl gestärkt und die Verbindungen geschaffen worden, die eine genügende Aufklärungsarbeit ermöglichen. Erst mit durchgebildeten Arbeitermassen aber könnten die weitgesteckten Ziele der Gewerkschaften erreicht werden. Die Invalidenunterstützung solle nur ein Mittel zum Zweck sein, wie auch die andern Unterstützungszweige der Verbände. Neben den streikenden, gemäßigten, reisenden, kranken und arbeitslosen Kollegen, wolle man nun auch den Invaliden nach Kräften helfen.

Das Prinzip, daß der Staat für alle seine Glieder zu sorgen habe, könne wohl anerkannt werden. Doch sei bei dem bestehenden politischen Kräfteverhältnis und den Finanzsorgen des Staates vorläufig nicht damit zu rechnen, daß diese Verpflichtung voll übernommen werde. Die Gewerkschaften hätten auf dem Gebiet der Sozialversicherung gute Pionierarbeit geleistet; man könne mit Recht die Frage aufwerfen, ob es ohne die Vorarbeit der Arbeiterorganisationen eine Arbeitslosenunterstützung geben würde.

Es sind Bedenken geäußert worden, ob die Gewerkschaften im Stande seien, dafür die Mittel aufzubringen. Darüber herrsche wohl Einmütigkeit, daß die bisherigen Mittel auch weiter für die jetzigen Aufgaben des Verbandes zur Verfügung stehen müßten. Für den neuen Unterstützungszweig müßten also weitere Mittel eingeworben werden. Vorgeschlagen werde ein Zuschlag von 20 % zu jedem Vollbeitrag über 60 J. Wer einen niedrigeren Beitrag zahle, könne den 20-%-Beitrag für die Invalidenkasse entrichten, für ihn sei aber die Einrichtung nur fakultativ.

Unrichtig sei die Behauptung, daß die invaliden Kollegen keinen Vorteil von der Unterstützung haben werden, weil ihnen die Bezüge vom Verband an den staatlichen Sätzen oder den Zuschlägen durch die Kommunen gekürzt würden, man habe dem aber durch eine Bestimmung in den Satzungen noch besonders vorgebeugt. Der Vorstand habe versucht, sich durch statistische Erhebungen genaue Unterlagen zu verschaffen, was leider nur recht unvollkommen gelungen sei. Nachdem von andern Verbänden weiteres Material bekannt geworden sei, habe der Vorstand Bedenken, gleichzeitig die Invaliden- und Altersunterstützung einzuführen, er empfehle vorläufig das Inkrafttreten der ersteren. Bisher hätten auch erst zwei Verbände ihre alten Mitglieder in diesen Unterstützungszweig einbezogen. Hinzukomme, daß das Gesamtmoment in andern Verbänden nicht größer sei als in dem unserigen.

Wir sind im allgemeinen gewohnt, uns mit den Bestimmungen unserer Satzungen den Einrichtungen der Bauarbeiter anzugleichen. Diese zahlen auch nur an Invalide, und zwar nach 20jähriger Mitgliedschaft 7 M, nach 25jähriger 9 M, nach 30jähriger 12 M und nach 35jähriger 15 M. Die Verwaltungskommission im IWBV. schlage ungefähr die Sätze vor, wie sie von unserm Verband vorgesehen sind. Im Buchdruckerverband sind jetzt 3 % der Mitglieder Invalide, also ist anzunehmen, daß auch wir, wenn auch nicht sofort, damit rechnen müssen. Von der staatlichen Versicherung müssen jetzt 10 % aller Versicherten unterstützt werden. Von den Verbänden, die schon die Invalidenunterstützung einführen, werde immer darauf hingewiesen, daß die Zahl der Zugänge wesentlich größer ist, als die der Abgänge. Darum sei auch, damit der Ansturm in den ersten Jahren nicht allzu groß sei, von allen Verbänden eine Warteliste eingeführt worden, für die jetzigen Invalidenrentner sollen sie aber möglichst kurz sein. Die Regel müsse natürlich sein, daß Leistungen nur gewährt werden können, wenn die Mitglieder vorher auch Opfer gebracht haben.

Den Kollegen, die einen Unfall erleiden, will der Vorstand besonders entgegenkommen. Denn während sonst eine 18jährige Mitgliedschaft Voraussetzung für den Bezug der

Invalidenunterstützung sei, genüge in diesem Falle eine 8-jährige. Beschränke man sich auf die Einführung der Invalidenunterstützung, könnte noch eine Erhöhung der Höhe um etwa 25 % auf die vorgesehenen Summen verantwortet werden, so daß statt 12 M 15 M, statt 15 M 18 M, statt 17 M 21 M, und statt 20 M 24 M gewährt werden könnten. Die sonstigen Bestimmungen seien vornehmlich verwaltungstechnischer Natur, die keiner Erläuterung bedürften.

Mit der Einführung der Invalidenunterstützung werde ein weiteres Gebiet in die Gewerkschaftsarbeit einbezogen, das sich später segensreich auswirken werde. Vorerst sei es aber ein Experimentieren; wenn Erfahrungen gesammelt seien, könne man darangehen, den Unterstützungszweig noch weiter auszubauen.

In der Aussprache beteiligten sich über 20 Kollegen, unter denen nur zwei grundsätzliche Gegner waren. Alle andern waren für die Einführung, wünschten aber zum Teil Änderungen. Viele traten für die Abstimmung ein. Von großer Sachkenntnis zeugten die Ausführungen des Genossen T o n n i s, Vertreter des Baugewerksbundes, der Mitglied der Verwaltungsreformkommission im RWB ist. Er bezeichnete die Invalidenunterstützung mit als bestes Bindemittel für die Mitglieder. Im Verhältnis zu dem, was die staatliche Versicherung biete, sei das, was vorgeschlagen werde, außerordentlich viel, die Unterstützung werde dankbar von den Invaliden anerkannt werden. In seinem Schlusswort wies Kollege M e h r e n s noch einmal auf die Schwierigkeiten bei der Unterlagenschaffung hin. Auch könnten die Erfahrungen in andern Verbänden nicht ohne Vorbehalt verwertet werden; denn die Verhältnisse seien sehr verschiedenartig. Was unser Verband biete, könne sich sehr wohl neben dem der andern Organisationen sehen lassen. Es gelte den neuen Unterstützungszweig bald einzuführen, um dann gestützt auf die Erfahrungen zu einem weiteren Ausbau dieser Einrichtung übergehen zu können.

Darauf wurde die Vorlage von der Generalversammlung gegen einige Stimmen angenommen. Mit 52 gegen 31 Stimmen wurde beschlossen, sie den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten.

Als Orte, die für die nächste Geschäftsperiode, ein Beiratsmitglied, beziehungsweise einen Ersthilfmann zu stellen haben, wurden bestimmt:

| Bezirke   | Leitungsmitglieder wählen: | Erstorte:  |
|-----------|----------------------------|------------|
| 1. Bezirk | Berlin                     | Potsdam    |
|           | Königsberg                 | Danzig     |
| 2. Bezirk | Mainz                      | Frankfurt  |
|           | Friedberg                  | Gießen     |
| 3. Bezirk | Hannover                   | Göttingen  |
|           | Köln                       | Neustadt   |
| 4. Bezirk | Düsseldorf                 | Münster    |
|           | Düsseldorf                 | Eberfeld   |
| 5. Bezirk | Chemnitz                   | Chemnitz   |
|           | Zeitz                      | Zeitz      |
| 6. Bezirk | Mannheim                   | Heidelberg |
|           | Heilbronn                  | Stuttgart  |
| 7. Bezirk | Nürnberg                   | Nürnberg   |
|           | Bamberg                    | Bamberg    |

Bei der Statutenberatung ist außer andern unwesentlichen Änderungen einem Antrage des Verbandsvorstandes auf Erhöhung der Streikunterstützung stattgegeben worden. Die Gruppeneinteilung wurde mit der Maßgabe beibehalten, daß die 1. Stufe die Zahlung von 27 bis 52 Beiträgen (bisher 27 bis 156 Beiträgen), die 2. Stufe von 52 bis 156 (bisher 157 bis 312), die 3. Stufe von 157 bis 312 (bisher 313 bis 520) und die 4. Stufe über 313 (bisher über 520) geleistete Beiträge umfaßt. Diese Regelung dürfte von unsern Kollegen mit besonderer Genugung begrüßt werden, um so mehr auch der Zuschuß für Kinder höher gesetzt wurde.

Weitgehende Anträge auf Herabsetzung der Karenzzeit beim Bezuge von Erwerbslosenunterstützung von 60 auf 52 Wochen wurden mit 34 gegen 31 Stimmen abgelehnt, be-

ziehungsweise dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Das letztere geschah auch mit der von 18 Delegierten eingebrachten Entschliebung, die den Verbandsvorstand mit der Frage der Errichtung einer Winterschule für die Heranbildung von Agitatoren und Funktionären beauftragen will. Mit Rücksicht auf die vorzunehmende Unabstimmung zur Invalidenunterstützung wurde beschlossen, das neue Verbandsstatut am 1. April 1929 in Kraft treten zu lassen.

Bei dem nun folgenden Punkt „Wahl der Verbandsleitung“ gab Kollege Streine sein verantwortungsvolles Amt nach 25jähriger Tätigkeit im Dienst der

neuen Vorstehenden noch eingehend würdigte, leben darin Anerkennung der hervorragenden Erfolge, deren sich unser Verband trotz schwierigster Verhältnisse unter Streines Führung rühmen konnte. Dafür gebühre dem Kollegen Streine Dank. Dem neuen Mann aber ein Glück zu dem schwierigen Amt, worin ihm die Unterstützung der ganzen Kollegenschaft zuteil werden möge.

Die übrigen Vorstandsmitglieder, der Schriftleiter des „Maler“, der Vorsitzende des Ausschusses und die Beiratsleiter wurden wiedergewählt. Hierauf fand die denkwürdige Tagung mit einem Schluß- und Abschiedswort des ausscheidenden Kollegen Streine und einem brausenden Hoch auf unsern Verband sein Ende.

### Vorspruch der Jungkollegen Zum 30jährigen Bestehen der Filiale Darmstadt.

Das Maler-Jungvolk grüßet Euch, Ihr alten Kampfgenossen! Wir freuen uns mit Dank zugleich, Daß Ihr so unverdrossen Euch 30 Jahre habt bekannt: Zu unserm Verband.

Wir kämpfen für Gerechtigkeit, Für Menschheitsideale Und brüderliche Einigkeit In diesem Erdentale. Drum reichen wir die Hand: Euch im Verband.

Wie's Samenkorn im Erden Schoß Allmächtig kommt zum Blühen, So haben wir auch unser Loß Durch unsre eig'nen Müh'n Stets in der Hand: Durch den Verband.

Drum schließet fest die Reihen heut' An Eurem Jubeltage! Ihr alt und jungen Malerleut', Verbannet jede Klage! Und ruft insgesamt: Hoch der Verband!

Organisation in die Hände der Mitglieder zurück. Wie die Entwicklung vor sich gegangen ist, könne er heute mit dem Bewußtsein scheiden, daß er seine ganze Kraft einsetzte und eine in jeder Beziehung gefestigte Organisation verlassen kann. Auch sein neuer Wirkungskreis in der Volkshilfsorganisation liege im Dienste der Arbeiterbewegung. Verbandsvorstand und Bezirksleiter sind nach reiflicher Prüfung zu der Ansicht gekommen, der Generalversammlung den Kollegen W a h, den Bezirksleiter des 7. Verbandsbezirks, in Vorschlag zu bringen. Mit seltener Einmütigkeit wurde dem Vorschlag stattgegeben und Kollege Hans Wah mit allen gegen 3 Stimmen zum 1. Vorsitzenden gewählt. Mit seinem Danke für das gezeigte Vertrauen verband der neue Verbandsvorsitzende eine programmatische Erklärung über die Aufgaben unserer Organisation, die den bisherigen Weg unbeirrt weiter verfolgen, den Verband stärken und mit Hilfe der Funktionäre allen Willen und alle Kräfte zum Wohle des Berufes, der Mitgliedschaft und der Allgemeinheit, einsetzen muß. Er, wie Kollege H z b, der den bedeutsamen Akt der Wahl eines

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes

Wie im Vorjahre, so hat auch in diesem Jahre der Monat September eine leichte Verbesserung der Beschäftigungslage mit sich gebracht. Die in der zweiten Hälfte des Jahres vermehrte Bauaktivität und nicht zuletzt die günstigen Witterungsverhältnisse, haben ein leichtes Aufblättern der schon im Absinken begriffenen Konjunktur bewirkt. Beachtlich aber ist, daß neben der erhöhten Zahl der Beschäftigten auch eine Vermehrung der Zahl der Kurzarbeiter stattgefunden hat.

Aus 151 Filialen mit 52388 Mitgliedern wurden uns 3443 männliche und 5 weibliche, insgesamt also 3448 Arbeitslose gemeldet, das sind 6,6 %, demnach 0,3 % weniger als im Monat August. Allerdings sind die Beschäftigungsverhältnisse je nach den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr verschieden. Während in der Provinz Brandenburg, einschließlich Berlin, nur 1,8 % Arbeitslose gezählt werden, sind es im Wirtschaftsgebiet Pommern nicht weniger als 10,9 %. Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes seit Beginn des Jahres 1927 gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

| Monat    | Es berichteten Filialen |      | Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schluß des Monats |        | Arbeitslose Mitglieder am Schluß der Woche des Monats |        | Auf je 100 Mitglieder ermittelte Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche |      |
|----------|-------------------------|------|---|--------|---|--------|--|------|
|          | 1927                    | 1928 | 1927  | 1928   | 1927  | 1928   | 1927   | 1928 |
| Januar   | 148                     | 162  | 41 486  | 47 228 | 15 830  | 14 776 | 38,1   | 31,3 |
| Februar  | 144                     | 167  | 40 893  | 48 062 | 13 772  | 12 957 | 33,7   | 26,9 |
| März     | 148                     | 151  | 41 492  | 46 560 | 5 918   | 6 693  | 14,2   | 14,4 |
| April    | 143                     | 157  | 38 338  | 48 503 | 2 882   | 3 502  | 6,2  | 7,2  |
| Mai      | 151                     | 156  | 42 998  | 49 706 | 1 078   | 2 189  | 2,5  | 4,4  |
| Juni     | 150                     | 151  | 43 082  | 48 453 | 1 575   | 2 355  | 3,6  | 4,9  |
| Juli     | 143                     | 134  | 43 939  | 45 744 | 1 712   | 2 832  | 3,9  | 6,2  |
| August   | 152                     | 157  | 44 436  | 53 800 | 2 221   | 3 698  | 5,0  | 6,9  |
| Sept.    | 154                     | 151  | 46 801  | 52 388 | 2 089   | 3 448  | 4,5  | 6,6  |
| Oktober  | 152                     | —    | 46 702  | —      | 8 421   | —      | 7,3  | —    |
| Nov.     | 163                     | —    | 47 053  | —      | 7 401   | —      | 15,7   | —    |
| Dezember | 162                     | —    | 45 964  | —      | 14 411  | —      | 31,4   | —    |

Ganz erheblich ist die Zahl der Kurzarbeiter gestiegen, die im Vormonat 529 Beschäftigte oder 0,9 % der Ersthilfen betrug, im September aber auf 938, das sind 2 %, sich erhöhte. Die wöchentliche Arbeitszeit war für 190 Mitglieder bis zu 8 Stunden, für 721 Mitglieder um 9 bis 16 Stunden, für 42 Mitglieder um 17 bis 24 Stunden und für 35 Mitglieder um 25 und mehr Stunden verkürzt. Zum größten Teil dürfte die vermehrte Kurzarbeit auf die Verschlechterung der Beschäftigungslage in den Industriebetrieben, besonders in den Betrieben der Verkehrsmittel, zurückzuführen sein.

Nicht berichtet haben Aachen, Aschaffenburg, Bayreuth, Bielefeld, Bochum, Duisburg, Emmendingen, Finsterwalde, Freiburg, Greifswald, Hamburg, Hoyerwerda, Kassel, Laub, Liegnitz, Lindau, Lüdenscheid, Marburg, Münster, Neustadt, Neuwied, Pforzheim, Straubing, Weiden, Weiskammer, Wolfenbüttel und Zwickau. Wir weisen erneut darauf hin, daß immer der fünfte Tag eines jeden Monats als Stichtag gilt, und jede Filiale verpflichtet ist, die Berichtskarte an den Hauptvorstand einzusenden.

### Gerrit Engelke.

Zum 10. Todestag am 13. Oktober.

Von Karl Leonhard.

I. Trauer, unendliches Weh, schmerzliches Leid senkt sich auf uns herab, wenn wir daran erinnert werden, daß vor zehn Jahren, kurz vor dem Waffenstillstand, dem Ende des blutigen Nordens, Gerrit Engelke, der Former, Gestalter, der wortstärkste, der sprachschöpferischste, der glühendste Dichter des Proletariats, an der Westfront schwer verwundet, in einem Lazarett starb. Ein Opfer des Krieges, den er haßte mit der Leidenschaft seiner jungen Seele und den er verabschiedete mit der Liebe, die er gegenüber allem hatte, was Menschenanlig trägt.

Krieg löschte ein Leben aus, das erst begonnen hatte. Ein Dichter wurde gemordet, der erst begann, sich der Welt zu offenbaren; getötet wurde ein Kämpfer, der fühlte, daß er nicht außerhalb der Klasse lebte, zu der er gehörte, und der deshalb kämpfen mußte. Kämpfen mit den Mitteln, über die er als begnadeter Dichter verfügte, mit klingenden Versen, mit aufpeitschenden Worten, mit Rhythmen, die mitrissen, mit schwangen.

Das Proletariat steht mit gesenkter Fahne am Grabe eines seiner größten Dichter und trauert um diesen Verlust. Engelke war berufen, Führer des Schicksals, des Lebens und des Kampfes des Proletariats zu werden.

Das sei nicht gesagt, um den lebenden, den heutigen Arbeiterdichtern eine tiefere literarische Rangfolge anzuweisen, um sie zu verkleinern, nein, es sei gesagt, um sie hinauszuweisen zu den Höhen, zu den Gipfeln, die ein Gerrit Engelke im Schwunge jugendlicher Kraft kühn erstieg.

Ja, Kraft ist es, die in jedem Vers, jeder Strophe, in jedem Gedicht liegt, uns packt, zwingt, Gerrit Engelkes Gedichte zu lesen mit heiliger Eile edelsten Mitgeföhls.

Das sind keine Verse, wohl abgemogen, gemessen, abgerundet, gefeilt, filiiert, sondern Urworte, die aus einer dichterischen Seele hervorströmen, Form finden, Kraft, Wucht und nie gehörten Klang, nie gehörte Melodie. Hier spürt der Mensch, daß kein Gehirn gedacht hat, ausgefüllt, sondern daß Erlebnisse, innere Gesichte tief aus der Seele hervorbrachen und von selbst Worte fanden, die schöpferisch eine Welt gestalteten, die uns bekannt war, die wir tagtäglich erlebten, die unser Schicksal ist: die Welt des Leidens als Proletarier, die Welt des Kampfes gegen Unrecht und Bedrückung, die Welt des Sieges der Menschheit über Not, Armut, Elend!

### An den Tod.

Mich aber schone, Tod,  
Mir dampft noch Jugend blutstromrot,  
Noch hab' ich nicht mein Werk erfüllt,  
Noch ist die Zukunft dunstverhüllt —  
Drum schone mich, Tod.  
Wenn später einst, Tod,  
Mein Leben verlebt ist, verloh,  
Ins Werk — wenn das müde Herz sich neigt,  
Wenn die Welt mir schweigt,  
Dann frage mich fort, Tod.

### Lokomotive.

Da liegt das zwanzig Meter lange Tier,  
Die Dampfmaschine,  
Auf blankgeschliffener Schiene  
Voll heißer Wut und sprungetreter Gier —  
Da lauert, liegt das langgestreckte Eisen-Biest —  
Sieh da: wie Del- und Wasserschweiß  
Wie Lebensblut, gefährlich heiß,  
Ihm aus den Radgestängen, den offenen Weichen fließt.  
Es liegt auf sechzehn roten Räderstrahlen,  
Wie fiebernd, langgeduckt zum Sprunge  
Und Fieberdampf stößt röhelnd aus den Flanken.

### II.

Kurz war dieses Leben, das früh verströmte, nur 24 Jahre wurde Gerrit Engelke, der in Hannover als Sohn eines kleinen Geschäftsmannes geboren wurde, der auf eigenen Wunsch Maler, Weißbinder, Tischler wurde, Tag für Tag auf Gerüste stieg, tief hinunter schaute auf das Gewimmel, Getriebe, Hasten, Jagen, Treiben der Großstadt und ihrer Straßen. So starb er, Gerrit Engelke, hoch auf schmalen Brettern und lüchelte, malte, weißbinderte, erlebte die Qual der Arbeit und überhörte die Gesänge in seiner Brust, die laut wurden, lauter und immer lauter, so daß er nächstens rang mit diesen Visionen, mit diesen Gestalten, diesen Bildern, die ihn überfielen und Verse werden wollten.

Er wäre unbekannt geblieben, wäre nicht Richard D e h m e l auf den jungen, bescheidenen, genialen Malergefellen aufmerksam geworden, hätte er nicht geföhlt, daß hier ein Mensch ringt um dichterische Lösung der Probleme, um die sich Menschen mühen in heißer Arbeit, und hätte er nicht vorausgeahnt, daß hier der Dichter des Proletariats heranwächst, noch chaotisch im Schaffen, noch gährend, noch suchend.

So geht der Begabte, der Sprachschöpfer, der Neugefalter, zu den „Werkleuten auf Haus Nyländ“, gibt seine Arbeiten der Zeitschrift „Quadrige“ und wartet auf Erfüllung seiner Sehnsucht: Sprecher der Menschen zu werden, die mit ihm litten, arbeiteten, kämpften, erlöst sein wollten! Es kam der Krieg, der Zerstörer, der Mörder des jungen Engelke. Die Ernte, die man nach dem Tode Engelkes einbrachte, war gering, schmal das Büchlein, das Jakob Kneip, des Frühverstorbenen Freund, herausbrachte unter dem programmatischen Titel „Rhythmus des neuen Europa“. Ja, was in dem schmalen Büchlein stand, war neu, war ein Ausdruck des neuen Europa, und kühn und stark, war erfüllt von Sehnsucht, von Erlebnissen, die aus einer Weltseele strömten. Neu war die Form seiner Dichtung, aber Arno Holz hinausgehend. Wie bei Ver-

# Zum 21. Oktober 1928.

Am 21. Oktober 1878 trat das Sozialistengesetz in Kraft, dessen § 1 lautete:

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

Es läßt sich also am 21. Oktober zum 50. Male der Tag, an dem ein Gesetz erlassen wurde, das die junge Arbeiterbewegung in Deutschland völlig niederschlagen sollte. Das Sozialistengesetz, das Deutschland in einen Kerker verwandelte, baute sich auf einer Schuldtäfel auf. Daß die Sozialdemokratie mit den Attentaten Höbels und Noblings nichts zu tun hatte, wagt heute kein ernsthafter Historiker mehr zu bestreiten. Auf der Behauptung eines solchen Zusammenhangs beruhte aber die ganze Begründung des Gesetzes; durch Einnebelung des Volkes mit bewußt unwahren Nachrichten hatte Bismarck in den Sommerwahlen eine ihm gefällige Mehrheit erreicht. Dabei war es ihm weniger auf das Sozialistengesetz selbst angekommen als darauf, die Nationalliberalen nach rechts abzudrängen und einer Aera des Schußjolls freie Bahn zu schaffen.

Auch die Hauptanklage, die Bismarck in den Reichstagsdebatten gegen die Sozialdemokratie erhob — sie habe überhaupt kein positives Programm und erschöpfe sich in der „Untergrabung“ der bestehenden Ordnung — war durchaus unwahr und irreführend, das beweist das Gothaer Einigungsprogramm von 1875, in dem die Forderungen der Arbeiter klar und deutlich aufgestellt waren.

Die für die Sozialdemokratie geschaffene Lage war furchtbar. Ihre Vereine und Genossenschaften wurden unterdrückt, ihr Vermögen beschlagnahmt. Ihre Zeitungen ihre Versammlungen wurden verboten. Ueber eine Reihe Städte wurde der Belagerungszustand verhängt und alle namhaften Führer mußten in die Verbannung gehen. Mittel zu ihrer Unterstützung standen nicht zur Verfügung. Mit einem Schlage war dem sozialdemokratisch gesinnten Teil des deutschen Volkes das Vereinsrecht, die Versammlungs- und die Pressefreiheit genommen.

Aber nicht bloß als Staatsbürger wurden die Sozialdemokraten entrechtet. Bei der Beratung des Gesetzes hatte die Regierung dem Reichstag hoch und heilig gelobt, den berechtigten Arbeiterbestrebungen nichts in den Weg zu legen; namentlich das Koalitionsrecht sollte unangefastet bleiben. Kaum war aber das Gesetz unter Dach, als diese Verheißungen vergessen waren. Genau so wie die 50 Zeitungen der Partei wurden mit einer Ausnahme auch die sämtlichen Gewerkschaftszeitungen und wie die politischen Vereine, wurden auch 17 gewerkschaftliche Zentralverbände, 39 gewerkschaftliche Lokalvereine und 23 Kranken- und Unterstützungsvereine

unterdrückt. Am 12. November 1878 erfolgte auch die Auflösung unseres Zentralverbandes der Maler, der im vorhergehenden Jahre erst wieder errichtet worden war. Sehr bald prägte der preussische Innenminister, v. Puttkamer, das Wort, daß es Aufgabe der Regierung sei, den Arbeiterausständen in den Weg zu treten, da „hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauere“. Die klassenbewußten Arbeiter waren der Polizei, den Gerichten, den Unternehmern, dem Hunger wehrlos ausgeliefert.

Nur kurze Zeit währte der lähmende Druck dieses Schandgesetzes und es ging trotz der Verfolgungen nach Sammlung der zersprengten Reihen wieder vorwärts. Überall entstanden geheime Organisationen, die in abgelegenen Orten, in Wäldern und Steinbrüchen ihre Zusammenkünfte abhielten. Ergänzt wurden sie durch eine unübersehbare Zahl von Rauch-, Gesang-, Bildungs- und Vergnügungsvereinen, von denen zwar mancher der Auflösung verfiel, die aber größtenteils so geschickt operierten, daß Gründe zu ihrer Unterdrückung sich nicht ausfindig machen ließen. Die in Deutschland unmöglichen Parteitage wurden im Auslande abgehalten. Die Verbreitung des in Zürich erscheinenden, selbstverständlich verbotenen Zentralorgans der Partei, des „Sozialdemokrat“ nahm ständig zu. Bald verfügte die Partei über einen so festen Stand treu ergebener, keine Furcht kennender Genossen, daß das Blatt nicht mehr im Auslande gedruckt zu werden brauchte. Die Ausgewiesenen wurden unterstützt. Daher konnten sie an ihrem neuen Wohnort ihre propagandistische Tätigkeit wieder aufnehmen und die Ideen der Sozialdemokratie in jungfräuliche Gebiete tragen. Schon 1884 zählte die Partei 549 990 Stimmen, jedoch damit ihren Höchststand noch nicht erreicht. 1887 stieg die Zahl auf 783 128, 1890 sogar auf 1 427 298 Stimmen. Die Sozialdemokratie war die stärkste Partei Deutschlands geworden. Ebenso begannen die Gewerkschaften, trotz unzähliger Schikanen, zuerst in Fachvereinen ihre Tätigkeit aufzunehmen. Einer ganzen Anzahl gelang es wieder, eine Zentralorganisation zu errichten, so auch unsern Verbandspionieren, die zu Weihnachten 1884 in Dresden den heutigen Verband aus der Taufe hoben.

Zwölf Jahre laßte das Ausnahmegesetz auf der deutschen Arbeiterbewegung, bis es am 20. September 1890 außer Kraft trat. In seiner Reichstagsrede zum Sozialistengesetz 1890 konnte Wilhelm Liebknecht mit Stolz hervorheben:

„Das Sozialistengesetz ist für uns eine gute Schule gewesen. Es hat den Charakter der Genossen gestärkt, es hat Helden gebildet. Ich sagte Ihnen früher schon einmal: Das, was von einfachen Arbeitern in Vertretung ihrer Sache ohne jedwede Entschädigung getan worden ist, täglich getan wird, steht den größten Heldentaten des Schlachtfeldes würdig an der Seite. Die drei Berliner Arbeiter, die in dunkler Winternacht über den schwach gefrorenen Kanal hinübergingen, um ihrer Pflicht als Sozialdemokraten zu genügen, um Flugblätter zu verbreiten und dabei den Tod fanden, das sind Märtyrer. Märtyrer, die das Proletariat verehrt, voll ebenbürtig den größten Helden,

die Sie haben. Und Märtyrerblut ist Revolutionsamen, wie das alte Wort lautet. Solche Taten feuern zur Nachahmung an. Und solche Männer haben wir Hunderte und Tausende, die ohne nach Ruhm zu zeigen, wissend, daß ihr Name vielleicht nie genannt wird, freudig in den Tod gehen für ihre Pflicht. Diese Heldentugend haben Sie in der Arbeiterklasse zur Entfaltung gebracht, und das ist eine erzieherische Wirkung des Sozialistengesetzes. Die unreinen Elemente, die Feigen und die Faulen, sind aus der Partei ausgeschlossen, der Opfermut ist nach jeder Richtung hin gepflegt worden. Und dann ist die ganze Bewegung überhaupt tiefer in die Massen hineingekommen, die Sozialdemokratie hat sich mehr vertieft, die Arbeit, das Streben ist intensiver, ernster geworden, das sind die erzieherischen Wirkungen, die das Sozialistengesetz auf uns gehabt hat, und mit denen wir wohl zufrieden sein können.“

So lehrt uns die Geschichte des Bismarckschen Ausnahmegesetzes, daß eine Bewegung unüberwindlich ist, die von einer großen Idee erfüllt ist, und deren Bekenner sich nicht von ihrem als richtig erkannten Wege abdrängen lassen. Die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie und der glänzende Aufstieg unserer Gewerkschaftsbewegung bestätigen die Wahrheit dieser Worte.

So sei der 21. Oktober für uns ein Erinnerungstag, der uns mahnt: Vergesse nicht das Andenken an die Heldentaten, denen die Überwindung des Ausnahmegesetzes zu danken ist! Wir ehren die Kämpfer, die vor 50 Jahren gekämpft und gelitten haben am besten, wenn wir in ihrem Geiste weiterarbeiten!

## Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Tätigkeitsbericht 1927/1928.

Wenn in Dresden zur Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, über die wir in Nr. 41 des „Maler“ berichteten, sich annähernd 700 Teilnehmer eingefunden haben, darunter ungefähr 150 aus Gewerkschafts- und Krankenkassenkreisen, so ist dies der beste Beweis, daß die noch junge Gesellschaft für Gewerbehygiene erfolgreich zu wirken verstanden hat.

Der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1927/1928 liegt vor. Der Geschäftsführer Dr. Eger kann auf eine Erhöhung der publizistischen Tätigkeit der Gesellschaft hinweisen. Die gesteigerte Herausgabe des Zentralblattes für Gewerbehygiene hat eine Erhöhung des Bezugspreises auf 12 M jährlich erforderlich gemacht, da angesichts der wachsenden Anforderungen an die Finanzen der Gesellschaft es nicht länger möglich erscheint, einen erhöhten Geldbetrag als Zuschuß zum Zentralblatt zu investieren. Das Zentralblatt hat sich durchgesetzt und ist in der Tat zu einem Zentralblatt für alle wissenschaftlichen Veröffentlichungen in deutscher Sprache auf dem Gebiete der Gewerbehygiene geworden. Es findet auch international Anerkennung. Neun Behefte, die speziell gewerbehygienische Probleme behandeln, sind im Berichtsjahre erschienen. Die besondere Note dieser Behefte liegt neben ihrer wissenschaftlichen Qualität in der Zusammenarbeit bzw. in der Nebeneinanderstellung verschiedener Ansichten über den gleichen Gegenstand.

Gewerbehygienische Vortragskurse, die starken Besuch aus Gewerkschaftskreisen aufweisen konnten, haben in Magdeburg, Dortmund und Dresden stattgefunden. Wenn auch nicht jeder einzelne Vortrag den vollen Erfolg der anwesenden Gewerkschaftskollegen finden konnte — es liegt im Wesen und in der Zusammenfügung der Gesellschaft, die die verschiedensten Faktoren der Weltwirtschaft zum gleichen Ziele, zur Förderung des Arbeiterschutzes und der Gewerbehygiene zusammenfaßt, daß

tungen zu geschehen pflegt. Die Arbeiterfänger fühlen sich dem Werk des Komponisten verpflichtet, Chorwerke in Originalgestalt werden geboten, Sologesang und Kammermusik fügen sich ein und runden sich zu einem Ganzen, das sich merklich und wesentlich von der Art bürgerlicher Sängerkreise abzuheben beginnt.

Dem Kampfgesang der Arbeiterschaft wird gebührende Beachtung geschenkt. Das Lendenlied hört keineswegs mit G. Ad. Uthmann auf. Gute Namen, Künstler, können auf diesem besonderen Gebiet des Arbeitergesanges sind uns erstanden: Hermann Scherchen, der den Russischen Trauermarsch, den Rotgardistenmarsch, die Warschawjanka, „Ich bin das Schwert“, den „Armen Kunrad“ gesungen, der die Internationale Ad. Wegmeyers für großen gemischten Chor und Blasorchester gesetzt hat, Erwin Lendvai, der Führer unter den Meistern des modernen Chorgesanges („Schmiede der Zeit“, „Lied der Kohlenhauer“, „Kampflied der Arbeit“), Heinz Liesen, Felix Malden und Michel Engler, der uns in „Wann wir schreiten“ und „Hebt unsre Fahnen in den Wind“ neues Volksliedgut geschenkt hat, das heute durch die Arbeiterjugend und Arbeiterfänger Verbreitung in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft und darüber hinaus gefunden hat.

Wir brauchen um die Zukunft nicht zu bangen: Kinderchöre, Knaben und Mädchen, und Jugendchöre, das Jungvolk umfassend, erstehen vielerorten. Aus eigenen Chorsammlungen, von Dr. Alfred Gutmann, Berlin, zusammengestellt, von Professor Hans Reid illustriert — wertvollste Gesängerbücher der Gegenwart darstellend — nimmt die Jugend ihre frohen Lieder und verbreitet Freude an wertvoller Volkskunst über die eigenen Reihen hinaus. In ihnen erwacht uns die neue Generation zukünftiger Mitkämpfer und Streiter.

Der Nichtfänger und die Nichtfängerin kann sich heute sehr gut über die Arbeiter-Sängerbewegung orientieren.

haeren war sie, wuchsend im Ausdruck, plastisch im Bild, reichend in der Melodie. Es war wie Beethoven im dichterischen Klang. Engelke war aber auch ein Weltweiser, ein dem All verbundener Dichter, der nicht virtuos, technisch dem Inhalt seines Schaffens verfiel, sondern der ein Gestalter der dichterisch erlebten Wirklichkeit wurde. Es liebet, zischt, schzt die Dampfmaschine auf blankgeschliffener Schiene; es hackt und wrackt der Hauer im wachsenden Schacht; es glüht von Mensch zu Mensch die Liebe, es weilt das Leben von Fünfhunderttausend, durch alle Rinnen der Großstadt; es wälzt der Wagen auf blanker Schienenstrecke; es schreit der tiefgequälte Mensch aus narbenreicher Brust nach einem Genuß der blutbadenden Feindschaft und einem Brudertum: So ist das Werk Engelkes erfüllt von dem Leben der Großstadt, der Menschen, die hacken und wracken, dem Getriebe auf der Straße, dem Tode auf dem Schlachtfelde, der Sehnsucht nach Liebe und Menschsein!

### III.

Er starb zu früh, und ein Herz, das die Welt umfaßte, das nur Menschen, aber keine Feinde kannte, das liebte, litt, hoffte, hörte auf zu schlagen, als es Zeit wurde, hörbarer zu schlagen; ein Mensch starb zu früh, der die Trommel rührte, um die Menschen zusammenzurufen zum Kampf, zum Streit für Menschenrecht, Erlösung. Er starb zu früh; denn die Gegenwart brauchte sein Herz, das für uns geschlagen hätte, sein Wort, das für uns geredet hätte, seine Seele, die für uns gegläht hätte.

Wir können nur trauern, und Herr Engelke lieben als einen, der früh starb und doch unser Bester wurde: Unser Dichter!

## Arbeiterfänger.

Das erste Bundestreffen der Arbeiterfänger, dem drei Jahre Vorbereitungszeit galten, liegt bereits ein Vierteljahr hinter uns. Hannover als Erde gedacht, wurde zur Saat:

von überall her, von unsern Vereinen, Gruppen, Bezirken und Gauen gehen der Bundesleitung Mitteilungen zu, die von einem neuen Auftrieb berichten, den die Arbeiterfängerbewegung durch das Hannoverfest erfahren hat. Die großen Chorkörperschaften unseres Bundes, die in Hannover zu Gehör kamen, haben auf die kleineren Vereine ihren Eindruck nicht verfehlt. Wir hören von Chorvereinigungen, die sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen haben und sogar in ländlichen Gebieten eine beachtliche Stärke erreichen. Gemeinschaften, die einen Mitgliederstand von 200 Sängerinnen und Sängern aufzuweisen haben, gehören auch in der Provinz nicht mehr zu den Seltenheiten, ja, wir erfahren von Zusammenschlüssen von vier bis acht Vereinen, die einen gemeinsamen Mitgliederstand von 250 bis 400 Sängerinnen und Sängern aufzuweisen haben. Noch vor dem Kriege hatte der Deutsche Arbeiter-Sängerbund nur eine kleine Anzahl gemischter Chöre aufzuweisen, die mehr als 150 Mitglieder zählten; 1920 waren es deren bereits 41 (davon 38 mit über 200 singenden Mitgliedern). Heute dürfte die Zahl der Volkschöre, die eine Durchschnitts-Mitgliederzahl von 120 Sängerinnen und Sängern und darüber zählen, bereits hart an die 500 streifen.

Aber auch hinsichtlich der Liedpflege in den einzelnen Vereinen macht sich der Einfluß des Bundesfängerfestes bemerkbar. Der November bringt den 100. Todestag Franz Schuberts, der die leistungsstarken Männerchöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes auf den Plan ruft. Dieses Tages dürfte von der überwiegenden Mehrzahl unserer Vereine gedacht werden, ernster und würdiger gedacht werden, als es auf dem Bundesfest der Deutschen Sängern in Wien kürzlich geschehen ist, wo der Name Franz Schubert zu einem Aushängeschild für Liedertafel und Chormeistermusik (mitunter recht zweifelhaften künstlerischen Vermögens) mißbraucht wurde. Die Ausgestaltung der Programme der Arbeiterfänger wird nicht mehr dem Zufall überlassen, wie das heute noch bei vielen Partieveranstal-

verschiedene, häufig entgegengesetzte Ansichten zu Worte kommen —, so muß im ganzen gesagt werden, daß die Kurie der Vertiefung der Kenntnisse über Arbeiterschutz gedient haben. Sie werden auch weiterhin nach und nach in allen großen Industriestädten des Reiches abgehalten werden.

Die Hauptarbeit in der Gesellschaft, die wissenschaftliche Lösung von Aufgaben, die die Praxis des Arbeiterschutzes stellt, wird in den Ausschüssen geleistet. Im Berichtsjahr ist die Tätigkeit des ärztlichen Ausschusses zu neuem Leben erwacht. An seine Spitze trat der neue Präsident des Reichsgesundheitsamtes, hat sich unter anderem auch mit den Lungen-Erkrankungen der Chromarbeiter zu beschäftigen begonnen. Ferner hat der Ausschuss beschlossen, sich mit der gemeinsamen Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an die Länderregierungen zu befassen, die auf einen Ausbau des akademischen Unterrichts für die Studenten der Medizin in sozialer und Gewerbehygiene abzielt. Im Spätherbst soll eine Sonderkonferenz die Möglichkeiten einer zweckmäßigen Gestaltung des ärztlichen Studiums an Hand der von den Gewerkschaften gegebenen wichtigen Anregungen aufzeigen.

Der technische Ausschuss hat sein wertvolles Arbeitsprogramm aus dem vorigen Jahre fortsetzen können und sich unter Hinzuziehung von technischen Fachkennern und Sachverständigen aus den Kreisen der zuständigen gewerkschaftlichen Berufsorganisationen und der Unternehmer mit technischen Maßnahmen des Arbeiterschutzes beschäftigt. Das Thema „Die Beseitigung der Asche in Kesselanlagen“ wurde abgeschlossen. Eingehende Materialsammlung galt der Schweißarbeiten, die beim Tiefdruckverfahren zur Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen angewandt werden müssen, um die heute verwendeten Lösungsmittel durch unschädlichere zu ersetzen. Die „Gefahr der Abspaltung von Explosionsmotoren für die Kraftwagenführer und die Allgemeinheit“ und die hiermit zusammenhängenden Fragen des Öffnenhaltens von Türen, Fenstern in Garagen beim Laufen des Motors wurden auf Wunsch und in Zusammenarbeit mit dem Reichsarbeitsministerium behandelt. — Der Ausschuss für Gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung und Fleißarbeit hat ein abschließendes Ergebnis noch nicht erreichen können.

Der Rechenschaftsbericht der Gesellschaft zeigt, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes mit den verschiedenen interessierten Kreisen, mit der Gelehrtenwelt und den Behörden sich trotz mancher Anfeindungen bewährt hat. Es ist zu wünschen, daß ein Weitergehen auf diesem Wege nicht nur die wissenschaftlichen Kenntnisse über Gewerbehygiene bereichern, sondern vor allem praktische Wege für den Gesundheitsschutz der Arbeiterschaft im Betriebe zeigen wird.

Hierzu ist es nötig, die Mitarbeit der Gewerkschaften reger fortzusetzen. Ueber gesundheitliche Mißstände, die sich im Betriebe, besonders bei neuen Fabrikationsmethoden zeigen, muß von den Gewerkschaften Material gesammelt werden. In Hand dieser Beobachtungen kann dann nach wissenschaftlicher Durcharbeitung des Materials durch die jeweilig zuständigen Ausschüsse der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene der Versuch gemacht werden, Abhilfe zu schaffen.

### Reichs-Unfallverhütungs-Woche.

Im nächsten Jahre, in der Zeit vom 20. bis 26. Januar, wird eine Reichs-Unfallverhütungs-Woche stattfinden. Veranstalter ist der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften. Die Zentralstelle für Unfallverhütung, die neben den Verbänden der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die Spitzenverbände der Gewerkschaften, der Verein der deutschen Maschinenbauanstalten, der Verein der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure und das Reichsversicherungsamts angehören, werden sich an der geplanten Unfallverhütungs-Propaganda beteiligen. Ebenso dürfen sämtliche Behörden, Organisationen und Verbände, die bei der Reichsgesundheitswoche mitgewirkt haben, auch hierbei mitarbeiten. Die Kosten für die Veranstaltungen während der Reichs-Unfallverhütungs-Woche werden von den Berufsgenossenschaften getragen.

Und niemand sollte versäumen, sich auch über Kulturorganisationen der Arbeiterschaft aus eigenem Anschauen und Anhören ein Urteil zu bilden. Dienen wir doch alle einer Idee, verfolgen wir doch alle ein Ziel! Grammophonplatte und Hannoversfilm sind ein Anknüpfungsmittel, das auch Außenstehenden einen Begriff davon geben wird, wie es heute um die Arbeiter-Sängerbewegung im Lande steht.

Mittun freilich ist noch besser als anschauen und anhören. Jeder und jede, die von Natur mit einer guten Stimme und musikalischem Gehör bedacht wurde, sollte sich bemühen, Anschluß an einen Verein des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes zu gewinnen. Arbeiterkellern und -erzieher wollen die ihnen anvertrauten Jugendlichen anhalten, sich an ihren Chören anzuschließen. Besteht am Orte noch kein Arbeiter-Sängerverein oder ist er bedauerlicherweise nicht genügend ausgebaut, so sollte man zu Ausbau und Neugründungen schreiten. Keine Männerchöre sind zu Volkshäusern zu erweitern, die neben den Mann und Genossen die Frau und Genossin, Kind und Jugendliche als gleichberechtigte Mitglieder stellen. Aber tausende von Arbeitern — bedauerlicherweise finden wir darunter sogar Angehörige von Arbeiterparteien und Mitglieder freier Gewerkschaften — fallen heute noch als Mitglieder bürgerlicher Männerchöre die Reihen derer, die nicht die unsern sind; sie sollten bei uns ihren Mann stellen. Im Arbeiter-Sängerverein ist euer Platz! Macht Schluß da drüben! Schließt euch unserm Bunde an, der der eure ist!

Die Arbeiterparteien, die Gewerkschaften, denen die Arbeiterlänger in schlimmer Zeit und auch heute jederzeit, wenn sie gerufen werden, bereitwillig beigestanden haben, haben die Pflicht, unsere Bestrebungen auf jede Weise und an jedem Plage zu unterstützen. Neben die Pflege der Körperkultur hat in Zukunft in erhöhtem Maße die Pflege des Geistigen zu treten, dem auch der Arbeiter-Sängerbund in der Pflege fortschrittlicher Chorgesangsplege dienen will. W. S.

In der Presse werden Abhandlungen, Bilder und Schlagzeilen über Unfallverhütung erscheinen. Während der Unfallverhütungs-Woche sind Vorträge, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, mit Lichtbild- und Filmvorführungen vorgesehen. Nach der Größe des Ortes und dem dort vorherrschenden Gewerbebereich werden die Vorträge entweder allgemeiner Natur oder auf die besonderen Verhältnisse einzelner Berufe zugeschnitten sein. Voraussetzungen werden für die Angehörigen besonderer Berufsgruppen Spezialvorträge abgehalten werden. In Aussicht genommen ist auch, auf die besonderen Aufgaben der Betriebsvertretung bei der Eindämmung der Unfall- und Gesundheitsgefahren hinzuweisen. Ebenso sollen gewerbehygienische Maßnahmen und die Bekämpfung der Berufskrankheiten Berücksichtigung finden.

Ein besonderer Nachdruck wird auf die Unfallverhütungs-Propaganda in der Schule gelegt. Es ist geplant, Vorträge über dieses Thema zu halten und die Schüler über Verkehrsgesfahren und ihre Verhütung aufzufächern zu lassen. Für die besten Arbeiten sollen Preise ausgesetzt werden. Auch in den Berufsschulen, höheren Lehranstalten, technischen Hochschulen soll in zweckentsprechender Weise auf die Unfallverhütung und die Wege zu ihrer wirksamsten Durchführung hingewiesen werden. Die Jugendarbeitungen der Gewerkschaften werden sich gleichfalls in dieser Woche mit den Fragen der Unfallverhütung und der ersten Hilfe bei Unfällen zu beschäftigen haben. Schließlich soll während der Reichs-Unfallverhütungs-Woche nachhaltig wirkendes Propaganda- und Lehrmaterial in die Hände der werktätigen Bevölkerung, vor allem auch der Jugend gebracht werden. Auch die bereits in großer Zahl vorhandenen Unfallverhütungsbilder, wie ein eigens für die Reichs-Unfallverhütungs-Woche hergestelltes Werbeplakat werden als Propagandamittel dienen.

Zur Vorbereitung, Durchführung und Organisation der Reichs-Unfallverhütungs-Woche in den einzelnen Orten ist die Bildung von Ausschüssen geplant. In diesen Ausschüssen ist neben den Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Unternehmervereinigungen und der Gewerkschaften auch an eine Mitarbeit der Gemeindeverwaltungen und sonstiger am Orte befindlicher Behörden gedacht. Als Zwischenorganisation zwischen der Berliner Zentralstelle und vielen Ortsausschüssen ist in allen Landes- und Provinzhauptstädten gleichfalls ein entsprechender Ausschuss zu bilden. In diesen Ausschüssen werden die Bezirksleitungen der Gewerkschaften und des ADGB mitzuwirken haben.

Das Organisationsbureau der Reichs-Unfallverhütungs-Woche wird in Kürze in laufend erscheinenden „Ruwonachrichten“ allgemeine und spezielle Vorschläge zur Durchführung der Reichs-Unfallverhütungs-Woche veröffentlichen. Auch sollen Nachweisungen des vorhandenen Aufklärungs- und Lehrmaterials über diese Fragen bekanntgegeben werden.

Das Programm der Reichs-Unfallverhütungs-Woche steht noch nicht endgültig fest. Es wird jedoch nur eine Art Rahmen darstellen, der den örtlichen Stellen zeigt, in welcher Weise sie die Unfallverhütungs-Propaganda gestalten können, im übrigen ihnen aber volle Bewegungsfreiheit läßt. Eine Senkung der Unfallziffern und eine Einschränkung der durch die Gefahren des täglichen Lebens eintretenden Verluste an Arbeitskraft und Gesundheit müssen die sichtbaren Erfolge der Reichs-Unfallverhütungs-Woche werden. Dazu ist alles einzusetzen, damit die Reichs-Unfallverhütungs-Woche nicht nur äußerlich wirkungsvoll in Erscheinung tritt, sondern daß auch praktische Resultate dabei erzielt werden.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 1. September 1928 in Hamburg der beabsichtigten Unfallverhütungs-Propaganda volle Unterstützung zugesagt. Den Gewerkschaftsmitgliedern erwächst nun die Pflicht, zum guten Gelingen der Reichs-Unfallverhütungs-Woche durch intensiver Mitarbeit beizutragen.

### Beitrag zur Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz.

In ihrer Nummer 18 vom 15. August 1928 bringt die „Süddeutsche Malerzeitung“ den Schluß einer Artikelserie: „Unnütze Preisangebote, ein Beitrag zur Kalkulation der Malerangebotspreise für den Neubau der Erzdiözesan Seminare zu Bamberg“, des Malermeisters und Landesgewerberatens Herrn Nikolaus Stolz, München. Zu dieser Kalkulationskritik wäre im allgemeinen viel zu sagen. Es wäre danach anzunehmen, daß der in den Artikeln mehrfach angegriffene, nunmehr verstorbene Herr Georg Hartner, Ehrenmitglied des Landesverbandes der bayerischen Maler- und Lackiererinnungen, weiland Inhaber der Firma Ober & Hartner in Nürnberg, es nötig gehabt hätte, an einem Kalkulationskursus des Artikelschreibers teilzunehmen. Die Verteidigung soll den jetzigen Inhabern der Firma überlassen bleiben. Wir wollen hier nur zu dem nachstehenden Erguß des Herrn Stolz Stellung nehmen, der von der Schriftleitung der „Süddeutschen Malerzeitung“ unwidersprochen veröffentlicht worden ist:

„Der Reichstarifvertrag zeigt die Wege und enthält die Mittel zur Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz. Der § 11 (früher 10) ist ein Bestandteil des Vertrages; er verpflichtet die Vertreter der Spitzenorganisationen — die der Meister wie die der Gehilfen — zu seiner Durchführung genau so, wie zum Beispiel der § 2 die Meister verpflichtet. Weshalb wohl lassen es sich die Meisterorganisationen — angefangen von den Ortsgruppen und Innungen bis zur Spitzenvertretung — gefallen, daß die verantwortlichen Führer der Gehilfenorganisation ihre Mitarbeit in der Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz immer und immer wieder verweigern?“

Diese tendenziöse Bezeichnung ist angesichts der Bemühungen unseres Verbandes um die Förderung aller Berufsinteressen entschieden zurückzuweisen, um so mehr, als die Verhandlungsprotokolle die Ausführungen des Herrn Stolz zumindest als eine sachliche Darstellung der Doffentlichkeit erscheinen lassen.

Ohne auf diese zentralen Bemühungen einzugehen, sei darauf verwiesen, was auch örtlich in der Frage der Schmutzkonzurrenz im Malergewerbe von unserer Organisation unternommen wurde. Seit mehr als 3 Jahren wird in München die Forderung auf Einsetzung einer örtlichen

Kontrollkommission aus Meistern und Gehilfen erhoben um die einwandfreie Ausführung von Malerarbeiten zu überwachen, nachzuprüfen und die Einparung von Aufträgen zu verhindern, weil längst erwiesen ist, daß die Schmutzkonzurrenz nur durch energisches Durchgreifen bekämpft werden kann. Diese Angelegenheit wurde von der Vertretung des Landesverbandes bayerischer Maler- und Lackiererinnungen, wie auch der örtlichen Innungsleitung als Utopie bezeichnet und wiederholt für undurchführbar erklärt.

In Nummer 43 des „Maler“, Jahrgang 1928, ist in einem Artikel: „Die Schmutzkonzurrenz und ihre Bekämpfung“, die Weigerung der Münchener Arbeitgeberorganisation zu wirkungsvoller Gemeinschaftsarbeit in unserm Gewerbe genügend gekennzeichnet. Die dort gemachten Vorschläge fanden in der baugewerblichen Presse mehrfache Beachtung. Auch durch persönliche Einkleidung wurde eine Zusammenarbeit über die Durchführung des Reichstarifvertrages hinaus auf Beseitigung der Schäden des Gewerbes angestrebt. Ein praktisches Ergebnis auf dieser Linie war in größerem Ausmaße lediglich in Dresden und in Hamburg zu bemerken, wo die Arbeitgebervertreter das entsprechende Interesse für die angestrebte Gemeinschaftsarbeit aufbrachten.

Nach langen Bemühungen war es unserer Bezirksleitung gelungen, für den 25. März 1927 eine Sitzung mit Vertretern des Landesverbandes bayerischer Maler- und Lackiererinnungen zur Besprechung der Richtlinien für Gemeinschaftsarbeit im Malergewerbe zustande zu bringen. Diese Verhandlungen wurden von Arbeitgeberseite vorzeitig abgebrochen und so die Aufstellung eines Programms verhindert. Zu dieser Sitzung lagen Vorschläge zur Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz vor. Auch hier wurde angeregt, für die Bezirke der Landbauämter je einen sachverständigen Meister und Gehilfen zur Kontrolle der Arbeiten zu bestimmen. Weitere Verhandlungen konnten trotz wiederholter Bemühungen nicht erreicht werden. Die angeregte Gemeinschaftsarbeit wurde also mit Absicht verhindert. Um so unerhörter sind die Anstrengungen an die Öffentlichkeit gebrachten Auslassungen des Herrn Stolz, die offensichtlich den Zweck verfolgen, die Verschleppung der als bringend anerkannten Angelegenheiten als harmlos hinzustellen. Sollte unser Angebot in der einzigen Sitzung auf Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz, Bildung von Kommissionen zur Kontrolle aller Arbeiten, die zu Schmutzkonzurrenzpreisen übernommen wurden, Prüfung der Materialien, der Zahl der Anstriche und der Qualität der Arbeit nach dem Leistungsverzeichnis zu weit gegangen sein? Oder sollte man gerade unsere Kontrolle für alle zur Ausführung kommenden Arbeiten zu fürchten Ursache gehabt haben? Dabei sei festgestellt, daß durch die mangelhafte Arbeitsausführung viel mehr Arbeitslosigkeit für das Malergewerbe verloren geht, als durch das ebenfalls schädliche Puschertum, das durch eine falsche Werbepolitik des Landesverbandes gefördert wird. Man muß zu der Auffassung kommen, daß auf Arbeitgeberseite, um mit Herrn Stolz zu reden, — „nicht der Mut, die Macht und der Wille zur Bekämpfung dieser Schädlinge vorhanden ist“ — Wenn man der Sache auf den Grund geht, dann waren es doch prominente Arbeitgebervertreter, die an der Möglichkeit erfolgreicher Kontrolle zweifelten oder diese als nicht durchführbar bezeichneten. Als man sich dann wenigstens in München der besseren Einsicht fügen mußte und sich mit der Einsetzung einer dreigliedrigen Kommission einverstanden erklärte, wurde ihre Einberufung dennoch unterlassen, wie auch die Beratung aller sonstigen damit zusammenhängenden Fragen (Nachwuchs, Lehrlingswesen usw.) „vergessen“ wurde. Es ist notwendig, diese unbestreitbaren Tatsachen zur Steuer der geschichtlichen Wahrheit festzustellen; denn von Arbeitgeberseite sind nicht nur unsere Bestrebungen unterbunden worden, sondern das amtliche Organ derselben Arbeitgeberorganisation bemüht sich heute, in einem drastischen Fall hinter die Geheimnisse der sonst klar zutage liegenden Ursachen zu kommen, was ohne offenbare Unrichtigkeiten nicht zu gelingen scheint.

Wir wollen annehmen, daß auch bei dem Landesverband bayerischer Maler- und Lackiererinnungen nun Verständnis für die Notwendigkeit einer Durchführung der Richtlinien der beiden Spitzenverbände vorhanden ist. Darüber wurde ja bei den letzten ausgedehnten örtlichen Verhandlungen für München am 31. Juli und 1. August 1928 einiges gesprochen. Es ist jedoch festzustellen, daß trotzdem von den Arbeitgebern bis heute die Ernennung eines Vertreters für die Kommission zur Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz noch nicht erfolgte, obwohl eine umgehende Erledigung zur ernsthaften Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz vorgesehen wurde. Wenn also Vorwürfe über Verweigerung einer wirksamen Mitarbeit zu erheben sind, dann ist das auf die gewerbebeschädigende Politik des Landesverbandes bayerischer Maler- und Lackiererinnungen zurückzuführen.

Zur Durchführung des § 11 gehört in erster Linie die strikte Durchführung des Reichstarifvertrages für das Malergewerbe selbst. Daran fehlt es aber. Alles Heil wird gegenwärtig von der Erfassung des § 2 Ziffer 9 erwartet. Entscheidend ist aber neben der Durchführung unserer alten Forderungen in allererster Linie die Ausschaltung aller „billigeren“ Arbeitskräfte aus unserm Gewerbe, die schärfste Durchführung des § 2 Ziffer 4 letzter Absatz, wodurch sich das Erforderliche für das Gewerbe bei der gegenwärtigen Lage von selbst ergibt. An uns fehlt es nicht. Wir wollen geordnete Verhältnisse im Gewerbe, weil wir in diesen einen starken Pfeiler für Erringung fortschrittlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen sehen.

Wie bisher, so wird von uns auch zukünftig eine fruchtbringende Gemeinschaftsarbeit im Malergewerbe angestrebt. Derselbe Wille kann von dem Landesverband bayerischer Maler- und Lackiererinnungen erwartet werden. Dann müssen aber deplazierte Ausführungen der Vergangenheit angehören.

St. D.

**Werft die gelelenen „Maler“ nicht fort! Gebt sie den Amorganißierten!**

### Der Bananentrust.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Jeder moderne Großstädter weiß, wie ein Plakat aussieht: ein mehr oder minder geschmackloses Bild, in fetten Lettern die Anpreisung einer mehr oder minder wichtigen Ware und darunter die Firma, die dieses ausgezeichnete Produkt erzeugt.

Ist es nun noch niemand aufgefallen, daß manche Plakate erscheinen, ohne die Firma, die das angepriesene Erzeugnis herstellt, genauestens anzugeben oder doch mindestens durch die allen geläufige Schutzmarke erkennen zu lassen, zum Beispiel: „Esset nur reife, westindische Bananen.“

Wer macht diese Reklame? Welcher Sübruchtimporteur ist so dumm, eine anonyme Reklame erscheinen zu lassen, die doch schließlich auch für seine Konkurrenten wirksam wird? Nun, sehr einfach, es gibt eben keine Konkurrenz. Das ganze Bananengeschäft wird vom internationalen Bananentrust besorgt; er besorgt den Anbau und die Ausfuhr von Bananen in den wichtigsten Produktionsgebieten der Welt. Der Internationale Bananentrust ist außerdem große Zuckerplantagen auf Cuba und betreibt Aufzucht und Ausfuhr von Vieh, ferner die Ausfuhr von Orangen, Kokosnüssen und Ananas. Die Länder des Unternehmens verteilen sich auf 8 tropische Länder. Die Ausfuhr selbst wird von 7 tropischen Stationen aus geleitet: Jamaika, San Domingo, Kuba, Columbia, Costa Rica und Honduras. Drei Stationen liegen in Westindien, drei in Mittelamerika, eine in Südamerika.

Zwei unter englischer Flagge fahrende Schiffahrtslinien gehören der Gesellschaft, die auch an einer dritten Linie beteiligt ist. Eine ganze Flotte von Dampfern ist notwendig, um die Bananen von den Herkunftsländern nach den Abgabeböden zu befördern. Teils sind die ganzen Schiffe, teils ein gewisser Schiffraum auf Jahre hinaus gemietet. Der Flotte nach sind die Schiffe aus versicherungstechnischen Gründen unter verschiedene Nationen verteilt und zwar unter Deutsche, Norweger, Engländer und Amerikaner.

So ist es klar, daß für die Bananen Reklame auch ohne Firmennennung gemacht werden kann und doch jeder Bananenkäufer seinen Tribut an die richtige Adresse bezahlt, denn der ganze Bananenhandel ist, wie man sieht, in einer Hand, im „Internationalen Bananentrust“ konzentriert.

Der Trust stellt eine moderne Entwicklungsform der kapitalistischen Wirtschaft dar. Ein Trust ist die Verschmelzung von mehreren Unternehmungen desselben Produktionszweiges zu einem neuen, selbständigen Unternehmen, wobei die alten Unternehmungen ihre Selbständigkeit vollständig einbüßen. Im Gegenzug dazu sind Kartelle zwar ähnliche Gebilde; bei diesen geht der Zusammenschluß jedoch nie so weit, daß das einzelne Unternehmen, das mit andern Unternehmungen des gleichen Produktionszweiges Vereinbarungen abschließt, den Charakter eines selbständigen Unternehmens verliert.

Die Gefahr des Trusts sowohl wie die der Kartelle besteht nun darin, daß sie sowohl dem Verbraucher wie dem im Betriebe beschäftigten Arbeiter als übermächtige Gebilde gegenüber treten und Preise sowie Löhne einseitig diktieren können. Gleich starke Kampforganisationen der Konsumenten und der Arbeiter, überhaupt im internationalen Maßstab, fehlen und so gelingt es dem Kapitalismus, die Welt zu beherrschen und auszubeuten.

### Das gute und schöne Buch.

In diesen Tagen fährt sich die Gründung der Buchergilde Gutenberg zum vierten Male. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, der diese Buchgemeinschaft aller Werktätigen ins Leben gerufen hat, stellte sein Organisationsgerüst zur Verfügung, und bald wuchs ein Gebäude von ansehnlicher Höhe auf. Heute ist die Buchergilde Gutenberg nicht mehr nur eine Angelegenheit der Buchdrucker, sie hat Fuß gefaßt in allen Kreisen des schaffenden Volkes. Ihr gemeinnütziger Charakter wird überall anerkannt. Schriftsteller von Ruf freuen sich, ihre Manuskripte der Buchergilde Gutenberg anvertrauen zu können. Und die Buchkritik hat ihre abwartende Reserve aufgegeben und lobt mit Begeisterung Inhalt und Ausstattung der Bücher-gildenwerke.

Im Gegensatz zu andern Buchgemeinschaften, die ihre Bezeichnung zu Unrecht tragen, ist die Buchergilde Gutenberg kein Verlagsgeschäft unter falscher Flagge, sie arbeitet nicht nach Grundsätzen der Profitwirtschaft, und sie gewährt nur ihren Mitgliedern die Vorteile, die eben nur eine feste genossenschaftliche Organisation zu bieten imstande ist. Der monatliche Mitgliedsbeitrag von 1 M. berechtigt zum Bezuge eines Buches pro Quartal. 60 Bücher stehen jetzt zur freien Auswahl. Außer dem vierteljährlich fälligen Buche kann das Mitglied zu den gleichen Bedingungen Bücher in beliebiger Zahl beziehen. Die Buchergilde Gutenberg hat in der Hauptreihe Normalbücher zu 3 M. und eine Reihe größerer Bücher zu 4,50 M., außerdem hat sie eine Serie kleinerer Bücher zu 1,50 M. laufen. Die erzählende Literatur marschiert an der Spitze, dann folgen die volkstümlich geschriebenen wissenschaftlichen Werke, die Reise- und Abenteuerbücher, die Versbücher und die bibliophilen Ausgaben. Vierteljährlich kommen in der Regel fünf neue Bücher hinzu, und die Zusammenstellung trägt den verschiedenartigsten Wünschen Rechnung.

Die Buchergilde Gutenberg hat sich die Aufgabe gestellt, von der zeitgenössischen Literatur das Beste zu bringen, das Wertvollste, das den Ausbruch zu einer besseren Zukunft in sich trägt. Aber ihr Programm umfaßt auch die unvergänglichen Werke der Weltliteratur, in denen das Ewigbleibende lebendig ist. Eine parteimäßige Bindung lehnt die Buchergilde ab. Sie fordert von ihren Mitgliedern kein politisches Glaubensbekenntnis, und bei der Auswahl der Bücher entscheidet nur die Antwort auf die Frage: Hilft dieses Buch, die Menschen besser und die Welt schöner zu machen?

Dieses Programm drückt sich auch in den Namen aus, die im Autorenverzeichnis der Gilde stehen: Preczang, Bartel, Schönlanck, Schröder, Wegner, Schrenzel, Josef Luitpold, Neß, Schikowski und Traven. Besonders B. Traven ist der Autor der Gilde. Seine mutigen Bücher über Mexiko haben alle bisherige Auffassung über dieses „Land des Frühlings“ über den Haufen geworfen. Da die

ser prächtige Mensch und Schriftsteller außerdem hinreichend zu erzählen versteht, haben seine Bücher in kurzer Zeit hohe Auflagen erlebt. Seine Bedeutung hat bereits den großen Namen des abenteuerlichen Jack London eingeholt, von dem die Buchergilde eine mit Begeisterung ausgenommene Volksausgabe herausbringt. Im kommenden Jahre wird die Reihe der ausländischen Autoren beträchtlich erweitert. Russen, Skandinavier und Schweizer sind bereits für die Buchergilde gewonnen.

Hand in Hand mit dem bedeutungsvollen Inhalt geht die vorbildliche Ausstattung der Werke. Bedeutende Buchkünstler zählen zu den Mitarbeitern der Gilde. Künstler von Rang haben die Illustration übernommen. Auch die Konkurrenz muß ohne Einschränkungen zugeben, daß niemand sonst in der Lage ist, so gute Bücher für so wenig Geld herzustellen. Von Woche zu Woche mehren sich die Stimmen der Fachleute und der Freunde des guten und schönen Buches, die der Idee und dem Werk der Buchergilde Gutenberg das höchste Lob singen. Von Monat zu Monat steigt die Mitgliederzahl, und damit die Leistungsfähigkeit. Und von Jahr zu Jahr nähert sich die Buchergilde Gutenberg ihrem Ziel. Mitten in einer als „materialistisch“ verachteten Zeit hat sie eine neue Buchkultur geschaffen, hat sie den Sinn für Wert und Schönheit geweckt, hat sie dem schaffenden Volke die Gewißheit gegeben, daß es nur aus eigener Kraft Ideale in Wirklichkeit umsetzen kann.

### Aus meinem Brevier

Vergütungsfrage für Malerlehrlinge in Mecklenburg. Wie wir dem Organ „Mecklenburgisches Handwerk“, Nr. 33 d. J., entnehmen, beschäftigte sich die 46. Vollversammlung der Mecklenburger Handwerkskammer zu Schwerin unter anderem auch mit den Kostgeldsätzen für Handwerkslehrlinge. Gewirgt durch die tarifliche Regelung dieser Materie für einige Gewerbe möchte man dem durch die Maßnahmen der Handwerkskammer entgegenwirken. Die Sätze sind als Mindestsätze gedacht, die vom 1. Oktober 1928 an Geltung haben sollen. Sie sollen rechtsverbindlich sein.

Es sind bestimmte Gruppen geschaffen worden, für die unterschiedliche Vergütungsätze vorgegeben sind. Einheitlich ist lediglich, daß im ersten Lehrhalbjahr nicht 1/3 gezahlt werden soll. Für die Maler ist eine besondere Gruppe IV eingerichtet worden. Die vorgegebenen wöchentlichen Sätze sind: erstes Halbjahr nichts, zweites Halbjahr 2 M., zweites Lehrjahr 3 M., drittes Lehrjahr 5 M. und viertes Lehrjahr 7 M. Sollen sie auch mehr erhalten als zum Beispiel die Bäcker, Konditoren, Brauer, Fleischer und Mäler, für die alle vier Lehrjahre hindurch wöchentlich 2 M. vorgegeben sind, bleiben die Sätze bedeutend unter denen der Bausteinmehrer, Ofenseher, Steinseher, Stukkateure, Köpfer und Ziegler, trotzdem es sich bei diesen ja auch hauptsächlich um Baunehgewerbe handelt. Selbst unter Berücksichtigung dessen, daß die Sätze als Mindestsätze gedacht sind, müssen sie als völlig unzureichend bezeichnet werden; denn ein größerer Teil der Arbeitgeber, das ist eine alte Erfahrungssache, hält sich, wenn schon Sätze festgelegt wurden, genau an diese, wie ja auch der im Tarif festgelegte Gehilfenlohn vom Minimallohn immer mehr zum Maximallohn wird. Bezeichnend ist, daß neben dem Gefellenaussschuß auch zwei weitere Mitglieder der Vollversammlung gegen diese Regelung stimmten.

Münster. Zu einer Vorfeier anlässlich des 25jährigen Bestehens unserer Filiale versammelten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen am 6. Oktober im Lokale Unkel, Breite Gasse. Der Vorsitzende der Filiale, Kollege Düster, begrüßte die Erschienenen, und überreichte einer Anzahl langjähriger Mitglieder eine Ehrenurkunde der Filiale. Er sprach den Kollegen den Dank des Verbandes aus für ihr treues Festhalten an dem Verband in schwierigem Gebiet und während der schwersten Zeiten. Gesang und Humor hielt die Teilnehmer bei guter Stimmung recht lange beisammen.

Am Sonntag, 7. Oktober, fand die offizielle Feier des 25jährigen Bestehens im Cimbern-Haus statt. Wochenlange Vorbereitungen hatten dafür gesorgt, daß den Festteilnehmern nur Gutes geboten wurde. Ausgewählte Musikvorträge leiteten das Fest ein. Fräulein Morkos trug einen Prolog, der den bedeutungsvollen Tag besonders würdigte, wirksam und in vollendeter Form vor. Unser Jungkollege Högel, dessen Stimme zu guten Hoffnungen Anlaß gibt, gab die besten Proben seines Könnens. Er fand ungeheuren Beifall bei allen Festteilnehmern. Fräulein Scherer, die Tochter des Cimbern-Hauses, verstand es, sich mit ihrer klavierspielenden Stimme und den gut gewählten Liedern die Aufmerksamkeit und den Dank der Festteilnehmer zu sichern. Die Festrede hielt Bezirksleiter, Kollege Berlinger. In begeisterten Worten schilderte er das Werden und Wirken der Organisation. Er stellte Vergleiche zwischen Vergangenheit und Gegenwart an und wies auf die Aufgaben der Zukunft hin. Allen Funktionären, die am Aufbau der Organisation tätigen Anteil genommen haben, sprach er den Dank des Verbandes aus. Auch den Frauen dieser Kollegen dankte er, die in stiller Duldung manches Opfer für die Interessen der Organisation gebracht hätten. Die Jugend rief er zur praktischen Mitarbeit auf; ihre Aufgabe müsse es sein, das Werk der Alten zu übernehmen und in gleicher selbstloser Weise das Bestehende weiter zu fördern. Reicher Beifall lohnte seinen Worten. Gute Gegenstimmen und eine humoristische Einlage des Kollegen Hub verschönten den Abend. Kollege Düster dankte allen Mitwirkenden für das Gebotene. Preishegen und Tanz hielt alle Teilnehmer bis Mitternacht noch zusammen. Das prächtig verlaufene Fest wird zur Stärkung der Solidarität und zur Förderung der Organisation in Münster beitragen.

### Bernsteinfälle

Hamburg. Am 10. September stürzte der Kollege Willig Witten von einem Zimmergerüst (zwei Leitern und einem Brett). An den erlittenen schweren Verletzungen ist W. am 28. September gestorben.

### Baugewerbliches

Submissionenwesen im Bau- und Bauhoffgewerbe. Seit je wurden die Submissionen, die gerade bei den großen öffentlichen Bauvergaben und Ausschreibungen eine besondere Rolle spielen, als eine besonders üble Art des Kartellmißbrauchs empfunden. Das Wesen dieser Submissionen besteht darin, daß die Baufirmen, die sich um die ausgeschriebene Arbeit bewerben wollen, sich zu kartellmäßigen Abmachungen zusammenschließen, um auf diese Weise höhere Preise und Gewinne durchzusetzen, als sie im freien Wettbewerb hätten erzielen können. Wenn auch die rechtliche Zulässigkeit solcher, dem Submissionszweck völlig entgegengelegter Abmachungen vielfach bestritten worden ist, so ist ihr Bestehen und ihre Wirksamkeit eine Tatsache, die nicht übersehen werden kann. Dieser Lage veröffentliche der Enquete-Ausschuß die Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftstruktur, die sich vor allem mit dem Stand der Kartellierung in der Bau- und Bauhoffindustrie beschäftigten. Es ist in höchstem Maße wichtig und belehrend, aus dieser eingehenden Untersuchung einmal in aller Öffentlichkeit an einem ganz konkreten Beispiel zu erfahren, wie lückenlos eine solche preisverteuernde Ringbildung aufgebaut sein kann. Das Beton- und Ziegelbau-gewerbe hat eine besondere Organisation, die sogenannte „Nachrichtenstelle“ geschaffen, die automatisch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Aktion tritt, die an einem schwebenden Geschäft beteiligten Personen benachrichtigt und zwischen ihnen die Verständigung vorbereitet. Da der bei weitem größte Teil des gesamten Baugewerbes Mitglied dieser Nachrichtenstelle ist und die allgemeine Verpflichtung besteht, daß jedes Mitglied die Nachrichtenstelle über alle behördlichen oder privaten Aufforderungen zur Abgabe von Angeboten und ebenso über jeden Entschluß zur Beteiligung an einer öffentlichen Vergabe unterrichtet, ist die Einleitung von Verhandlungen zwischen den Beteiligten lückenlos organisiert. Die Vereinbarungen erstrecken sich auf die Angebotspreise und auf die Verpflichtung der den Auftrag erhaltenden Firma, die übrigen ausfallenden Firmen durch eine Geldabgabe oder sonstige Beteiligung am Gewinn zu entschädigen. Die Methode ist meist die, daß eine Firma von vornherein aussersehen wird, den Auftrag zu übernehmen, was dadurch erreicht wird, daß sämtliche anderen Firmen übermäßig hohe Scheinangebote abgeben, während allein die für den Bauauftrag bestimmte Firma ein reales Angebot macht, das aber auch noch weit über der Preisgröße liegt, die im allgemeinen Wettbewerb erzielt würde. So wird der Zweck der öffentlichen Ausschreibung (Submission), die einen freien Wettbewerb der Beteiligten zur grundsätzlichen Voraussetzung hat, durch eine solche Ringbildung völlig vereitelt und der Sinn der öffentlichen Ausschreibung in ihr Gegenteil verkehrt. Die Fälle, die im allgemeinen Gesamtinteresse eine Kontrolle und öffentliche Verwaltung der Monopolorganisationen fordern lassen, sind also wieder durch einen besonders schwerwiegenden und gemeinschädlichen Beispielsfall vermehrt worden. Für die in den nächsten Jahrzehnten noch zu erwartenden großen Bauaufträge der öffentlichen Hand, sei es der Kommunen oder der staatlichen Körperschaften, wird über die Kartellkontrolle hinaus gerade aus den hier beobachteten Zusammenhängen eine unmittelbare öffentliche Bauwirtschaft gefordert werden müssen, da nur so beim heutigen Stand der Dinge das Gesamtinteresse gesichert erscheint.

Soziale Bauwirtschaft. Einseitige Tätigkeit und der Mangel fast jeder persönlichen Beziehung der Betriebsleitungen zu den in den Betrieben tätigen Arbeitern und Angestellten haben auch die Beziehung des Arbeiters und Angestellten zur eigenen Arbeit erschüttert und zum Teil gänzlich vernichtet. So ist es gekommen, daß heute sehr viele Menschen ihre Arbeit unlustig verrichten, nur zu dem einzigen Zweck, um die Mittel zum Leben heranzuschaffen. Anders ist es in den Eigenbetrieben der Arbeiterschaft. Hier gewinnt die Arbeit wieder einen Persönlichkeitswert, weil sie für die eigene Sache geleistet wird. Die Arbeitsfreudigkeit wird gesteigert und ihr Ergebnis kommt dem Betrieb und damit der Allgemeinheit zugute. Die soeben erwähnte Nummer 19 der Sozialen Bauwirtschaft gibt hierfür einige gute Beispiele. Zwei Bauhüttenpoliere haben wertvolle Erfindungen zur Erleichterung und Verbesserung des Arbeitsvorganges ihrem Betrieb und der ganzen Bauhüttenbewegung zur Verfügung gestellt. Die eine Erfindung betrifft eine praktische Vorrichtung für den Steinträger, die andere eine zweckmäßige Schüttelmaschine über einer Rischmaschine. Beiden Polieren wurde vom Verband sozialer Baubetriebe eine Prämie übermittleit und die Erfindungen wurden zum Gebrauchsmusterschutz angemeldet. Die wichtige Stellung des Poliers im Betrieb, die A. Ellinger in knappen Ausführungen in einem Aufsatz behandelt, kommt durch diese Erfindungen zum Ausdruck. In einem Gespräch mit einem Arbeiter über den Wert des wirtschaftlichen Fortschrittes widerlegt der Leiter der Abteilung sozialer Baubetriebe, Dipl.-Ing. Otto Rode, die oft aus Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge gemachten Einwände gegen die wirtschaftlichere Gestaltung des Arbeitsvorganges. Zwei weitere Aufsätze unterrichten über die Stellung des Hamburger Gewerkschaftskongresses zur Umgestaltung der Privatwirtschaft und über die Stellung der Dresdner Demog.-Tagung zur Beseitigung der Wohnungsnot. Nach der Beschäftigtenstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für den Monat August waren in 135 sozialen Baubetrieben 22 398, also je Betrieb 165 Arbeiter und Angestellte tätig. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres kamen auf den Betrieb 159 Arbeiter und Angestellte. In weiteren Notizen wird dann über zweifelhaftes Wohnungsfinanzierung, über unredlichen Bauhoffhandel sowie über private Baukapitalien berichtet.

Die „Soziale Bauwirtschaft“ erscheint in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14, monatlich zweimal. Gewerkschaftsmitglieder erhalten diese empfehlenswerte Zeitschrift zum Preise von 2,25 M. vierteljährlich.

### Gewerkschaftliches

Der tiefgehende Wandel bei den christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften von heute sind in ihrem ganzen Wesen grundverschieden gegenüber der Vorkriegszeit. Mitgerissen durch die Wucht der freien Gewerkschaften und angesichts dessen, daß die sozialen Probleme so handgreiflich zutage liegen, sind sie gezwungen, folgerichtige Gewerkschaftsarbeit zu leisten. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 6. Oktober wird der Verbandstag des christlichen Metallarbeiterverbandes besprochen und dabei der tiefgehende Wandel nach der sozialistischen Richtung hin festgestellt. Das veranlaßt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zu der Behauptung, daß sie diese Feststellung schon immer gemacht habe. Dieses schwerindustrielle Blatt hat in der letzten Zeit alle möglichen Register gezogen, um die christlichen Gewerkschaften von dem einmal beschrittenen Wege abzubringen. In ihrer Nummer vom 7. Oktober zielt sie den Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“, um dann unter anderem zu schreiben:

„Unseres Erachtens machen die christlichen Gewerkschaften den schweren Fehler, allzu stark die freigewerkschaftliche Haltung zu kopieren und sich gegen eine Verwischung der Grenzen zwischen den beiden großen Gewerkschaftslagern schon durch die christliche Tönung der Kopie geschäft zu glauben. Auch der einfachste Arbeiter gelangt allmählich zu der Erkenntnis, daß hier dieselbe Sache von zwei Seiten angeboten wird, die sich nur durch ihre Firma unterscheiden.“

Diese immer größere Annäherung der beiden Gewerkschaftsrichtungen paßt dem Scharfmacherblatt durchaus nicht. Deshalb redet es den christlichen Arbeitern ins Gewissen, daß ihre Bedeutung auf dem kulturellen Gebiete liege: „Die große Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung liegt vorwiegend auf dem Gebiete des Kulturellen. Was sie an Verbreitung und Erhaltung deutschen Kulturgutes leisten, verdient unbedingte Anerkennung. Hier sind die Wurzeln ihrer Kraft. Sie ist überall stark, wo sie sich vom Sozialismus entfernt und immer schwach, wenn sie sich ihm annähert. Will die christliche Gewerkschaftsbewegung nach astronomischem Geßel enger und enger um den freigewerkschaftlichen Koloß planetarisch kreisen, dann wird auch der Tag kommen, wo der Koloß sie verschluckt. Bei allen Gegenständen, die wir mit ihr auszupauken haben, wir würden dieses Ergebnis nicht begrüßen.“

Die christlichen Gewerkschaften, das muß in diesem Zusammenhange betont werden, sind in der Hauptsache von Nichtarbeitern gegründet worden. In ihrer Wiege standen andere Gesellschaftsrichtungen, die in der aufstrebenden freien Gewerkschaftsbewegung ihren gemeinsamen Feind erkannten. Nun, da die christlichen Gewerkschaften eine folgerichtige Entwicklung nehmen, und in ihren Anschauungen und in ihrer Taktik sich den freien Gewerkschaften immer mehr nähern, sieht man eine große Gefahr vor Augen. Deshalb macht man darauf aufmerksam, daß die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften eigentlich auf dem kulturellen, das heißt, religiösen Gebiete, liegen. Wir unsererseits haben durchaus keine Veranlassung, die christlichen Arbeiter durch Verlegung ihrer religiösen Gefühle vor den Kopf zu stoßen. Im Gegenteil ist ihnen deutlich vor Augen zu führen, daß das Trennende gering und die gemeinsamen Interessen stark sind. Man überlasse den Unternehmern die Verbreitung und Erhaltung deutschen Kulturgutes“ und finde sich zusammen in dem einheitlichen Willen, mehr Luft, Licht und Lebenspielraum für den arbeitenden Menschen zu schaffen.

### Arbeitskämpfe im 2. Quartal 1928.

Eine Notizen vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Untersuchung behandelt die Arbeitskämpfe im zweiten Vierteljahr 1928. Verglichen mit den Arbeitskämpfen in der entsprechenden Berichtsperiode 1927 können einige interessante Feststellungen gemacht werden. Die Zahl der von Arbeitskämpfen betroffenen Arbeiter und Betriebe ist wesentlich zurückgegangen; während im zweiten Vierteljahr 1927 5019 Betriebe von Arbeitskämpfen betroffen wurden, waren es 1928 nur 2758 Betriebe beziehungsweise 119 796 Arbeiter gegen 87 964 im zweiten Vierteljahr 1928. Während so die Ausdehnung der Arbeitskämpfe einen Rückgang erfährt, haben sie jedoch 1928 an Umfang und Bedeutung eine nicht wesentliche Zunahme erfahren. Die Dauer der Streiks hat sich erhöht, so daß der Gesamtverlust an Arbeitstagen größer ist als im zweiten Vierteljahr 1927. Betrug 1927 die Zahl der infolge von Arbeitskämpfen verlorenen Arbeitstage 1 389 860, so stieg dieselbe Zahl 1928 auf 1 641 124. Untercheiden wir die Arbeitskämpfe unter dem Gesichtspunkt, ob sie von der Arbeiterschaft oder dem Unternehmer eingeleitet worden sind, das heißt ob es sich um Streiks oder um Aussperrungen handelt, so läßt die Statistik erkennen, daß der Anteil der Streikbewegungen sich vergrößert hat, während die Aussperrungen abgenommen haben. Wenn auch die Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahren eine Zunahme der Aussperrungen brachte, die die stärksten Arbeitgeberorganisationen entgegen früheren Gepflogenheiten selbst in Zeiten guter Konjunktur vorzunehmen pflegen, um Lohnforderungen der Arbeiter von vornherein einen Riegel vorzuschieben, so muß die Abnahme der Aussperrungen und die Zunahme der Streikbewegungen heute zugleich mit der jeweiligen Konjunkturlage in Zusammenhang gebracht werden, die im zweiten Vierteljahr 1928 erheblich günstiger war als im entsprechenden Zeitraum 1927. Konjunkturschwächen sind aber naturgemäß eher geeignet für Streikbewegungen als die wirtschaftlichen Tieflagen. Insgesamt hatten von den Streiks vollen Erfolg die Bewegungen in der Textilindustrie, Papierindustrie und im Bergbau, während bei den Lohnkämpfen und allgemeinen Tarifstreiks in der Metallindustrie, in der Holzindustrie und im Bergbau nur teilweise Erfolge erzielt wurden.

61. Millionen Arbeitnehmer im Großbetriebe tätig.  
Die Statistik der Gewerbeaufsichtsbehörden für das Jahr 1927 verzeichnet 6 557 045 Arbeitnehmer, die in diesem Jahr in industriellen Großbetrieben mit mehr als fünfzig Arbeitnehmern beschäftigt wurden. Die Zahl dieser

Großbetriebe betrug 31 937 gegen 27 841 im Jahre 1926. Im Krisenjahr 1926 waren in 27 841 Großbetrieben nur 5 485 155 Arbeiter beschäftigt. Der Neuzugang an Großbetrieben war 1927 sehr groß, er betrug 20 % des Altbestandes, die Zahl der in den neuzugekommenen Betrieben beschäftigten Arbeiter aber nur 8,9 % der in den alten Betrieben beschäftigten. Diese Zahlen beweisen jedoch nicht die Abwägung der Tendenz zur Betriebskonzentration. Die Neuzugänge waren in den Gewerbebezügen, die viel Kapital erfordern, verhältnismäßig gering, so im Bergbau, in der Großtextilindustrie, im Maschinenbau, in der Elektrotechnik. Die bestehenden Großbetriebe haben ihre Belegschaft erheblich steigern können. Endlich haben die neuzugekommenen Unternehmungen durchaus nicht alle ihre Selbständigkeit bewahrt, im Gegenteil sind sie zum großen Teil mit andern Unternehmungen konzernmäßig verbunden oder in Interessengemeinschaften eingetreten, in der Regel aber den im betreffenden Gewerbebezogen vorhandenen Kartellen beigetreten.

### Genossenschaftliches

Genossenschaftswesen und Mittelstandspolitik.  
Es ist eine der übelsten Erscheinungen unserer Zeit, daß aus den gleichen Kreisen, die die bedeutenden wirtschaftlichen Vorteile des Genossenschaftswesens sich dienstbar zu machen verstehen, andauernd die bösartigsten Angriffe gegen die Konsumgenossenschaften gerichtet werden. Das heißt, um gerecht zu sein, es sind nicht die Genossenschaftler des gewerblichen Mittelstandes selbst, sondern es ist ihre wirtschaftsreaktionäre und rechtspolitische Führung, vornehmlich in den Handwerkskammern und sonstigen mittelständischen Organisationen, die den Nutzen der genossenschaftlichen Organisation den Verbrauchern und darunter den Handwerkern und Geschäftsleuten zu verkehren suchen. Mit welchem Endergebnis, wenn ihre Bestrebungen zum Ziele führen würden, ergibt sich aus einer früher gemachten Mitteilung, wonach die 300 000 Handwerker und Landwirte in den deutschen Konsumgenossenschaften jährlich mindestens 6 Millionen Mark Ersparnisse aus ihrem Warenumsatz verlieren würden, wenn sie nach dem Willen ihrer „Führung“ auf die Mitgliedschaft bei den Konsumgenossenschaften verzichten würden.

Wenn man nun gar sieht, daß das gewerbliche Genossenschaftswesen, auf den gleichen Grundlagen beruhend, wie das der Konsumgenossenschaften, dem gewerblichen Mittelstand und Handel nicht nur große wirtschaftliche Vorteile, sondern geradezu die Grundriegen seiner Existenz sichert, so ist es unmoralisch und verwerflich, dem Arbeiter und Angestellten, dem Beamten, Handwerker und Landwirt — also der erdrückenden Mehrheit der Volksgenossen! — nicht wenigstens die gleichen wirtschaftlichen Vorteile aus dem genossenschaftlichen Zusammenschluß zu gönnen. Man beachte nur, daß auf dem in Breslau stattgefundenen Genossenschaftstag des Deutschen Genossenschaftsverbandes, der die Handwerker, Händler, und Kreditgenossenschaften umfaßt, der Genossenschaftsanwalt Prof. Dr. phil. Stein mitteilen konnte, daß die Umsatzziffern der gewerblichen Warengenossenschaften im Jahre 1927 auf 800 Millionen Mark gestiegen seien. Und daß nach der Kapitalkraft die Genossenschaften des Deutschen Genossenschaftsverbandes weitläufig an erster Stelle aller Genossenschaftsorganisationen stehen.

Dies bedeute ungezählte Millionen jährlicher Ersparnisse für die Mittelstandsguppe der deutschen Wirtschaft aus dem genossenschaftlichen Kraftzentrum. Und ihre ungefähre Höhe läßt sich mangels einer zusammenfassenden Statistik ungefähr erraten, wenn man die Feststellungen des Landesverbandes sächsischer gewerblicher Genossenschaften als allgemeine Grundlage der Wirtschaftlichkeit des gewerblichen Genossenschaftswesens zugrunde legt. Der Verband zählte 1927 35 000 Mitglieder, deren Umsatz in Warenrohstoffen 95 Millionen Mark betrug. Diese 35 000 Mitglieder, in 82 Rohstoffgenossenschaften des Handwerks erteilten an Dividende und Warenrückvergütung in einem einzigen Jahre nicht weniger als 2 300 000 Mark. Seit dem Jahre 1924 betragen die Rückvergütungen insgesamt 7 1/2 Millionen Mark, die sonst an andere Wirtschaftsgruppen bezahlt worden und dem Mittelstand verloren gegangen wären — sagt der Bericht, des sächsischen Landesverbandes. Man kann daraus schließen, daß sich die Jahresersparnis dieser Genossenschaftsart in ganz Deutschland auf mindestens 50 Millionen Mark beläuft, also seit 1924 auf die respektable Summe von 200 Millionen Mark.

Aus dieser gewiß erfreulichen Tatsache ergibt sich, daß der gewerbliche Mittelstand die Sicherung seiner Existenzgrundlage und seines wirtschaftlichen Wohlstandes in der genossenschaftlichen Organisation besitzt, die auch ihn gegen die Uebermacht der Industrie- und Handelskartelle schützt und daß er es deshalb nicht notwendig hat, durch seine wirtschaftsreaktionäre und rechtspolitische „Führung“ die Konsumgenossenschaften in schimpflicher Weise bekämpfen zu lassen, weil sie auf dem gleichen Wege Millionen von deutschen Familien darunter handertausenden Handwerker- und Landwirtsfamilien nähren.

Dies muß den demagogischen Handwerksführern mit aller Deutlichkeit gesagt werden.  
Bedeutung der Volksfürsorge. In dem im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Kapfhammer herausgegebenen Buche „Wirtschaftsdemokratie“ heißt es in bezug auf die Volksfürsorge: „Auch hier haben wir es mit einem verhältnismäßig bescheidenen Anfang des Eindringens der Eigenwirtschaft der Arbeiter in das Versicherungswesen für die minderbemittelten Volksklassen Deutschlands zu tun, für deren Ausdehnung aber die Voraussetzungen durchaus gegeben zu sein scheinen. Grundjährige Bedeutung kommt der Organisation der Volksfürsorge deshalb zu, weil wir hier eine unmittelbare Kooperation zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften haben. Karl Frohne sagt in seiner Broschüre „Die solidarische Selbsthilfe der Arbeiter“ (erschienen in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.): „In den seitdem verfloßenen 15 Jahren hat sie sich unter vorzüglicher Leitung das hohe Verdienst erworben, ein Beispiel zu geben, daß der in gerechtem Prinzipien begründete, zielbewußte gute Wille zu legendärem Wirken für das Wohl der arbeitenden Klassen Solidaritätsleistungen von geradezu epochaler Bedeutung zu vollbringen vermag.“

### Sozialpolitisches

Die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft nimmt zu. So oft auch von Unternehmern behauptet wird, daß die Leistungen der Arbeiter zurückgehen — unsere Kollegen können ein Lied davon singen — so ist es doch Tatsache, daß die Ergiebigkeit der Arbeitskraft immer stärker wächst. Mit Hilfe der Maschinen und sonstigen Hilfsmitteln leistet jeder einzelne Mensch im Produktionsprozeß wesentlich mehr als vor 15 Jahren. Namentlich in den letzten Jahren ist die Leistungssteigerung durch Rationalisierung sehr deutlich in Erscheinung getreten. Mit klaren Worten wird hierauf im letzten Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft hingewiesen: „Wir haben seit dem Jahre 1924 unsere industrielle Produktion sehr erheblich vermehrt. Es kommt dies sowohl in einer Steigerung der Ausfuhr um fast 4 Millionen Mark wie in verbesserter inländischer Konsumversorgung und Ausfüllung der Warenlager zum Ausdruck. Diese Produktionssteigerung ist mit einer Beschäftigtenzahl erreicht worden, die nicht sehr erheblich größer sein dürfte als die vor 4 Jahren, zumal auch jetzt noch annähernd die gleiche Anzahl von Erwerbslosen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet bleibt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger war für das Jahr 1927 im Monatsdurchschnitt mit 837 000 sogar noch höher als die von 1924 mit 728 000. Man muß hieraus den Schluß ziehen, daß der auf den einzelnen Beschäftigten entfallende Produktionsanteil größer geworden ist. Es ist dies eine Tatsache, die auch aus den verschiedensten Industrien mit Beispielen belegt werden kann. Am geläufigsten sind die aus der Montanindustrie, für die die statistischen Ziffern vorliegen, um den Wirkungsgrad der Rationalisierung nach Tageskopfleistungen zu messen. So war für die in den Stahlwerken aller Art tätigen Arbeiter die durchschnittliche Tagesleistung pro Kopf von 1441 kg im Januar 1925 auf 1927 kg im Oktober 1927 gestiegen. Auch für die Kohlenindustrie läßt sich die Steigerung der Kopfleistung, vor allem als Folge der Mechanisierung des Abbaues, zahlenmäßig nachweisen. In der Gesamtförderung des Ruhrreviers ergeben sich auf den Kopf der Gesamtbelegschaft folgende Tagesleistungen: für 1913 943 kg, für 1924 1114 kg und für Februar 1927, einen der besten Monate, 1147 kg.“

Das Reichsarbeitsministerium besteht jetzt 10 Jahre. Durch einen Erlass der Volksbeauftragten wurde das Reichsarbeitsministerium am 4. Oktober 1918 gegründet. Verschiedene Arbeitsgebiete wurden vom Reichswirtschaftsamt getrennt und dem neuen Ministerium überwiesen. Das Aufgabengebiet des Reichsarbeitsministeriums wurde immer größer. Die Fürsorge für Kriegsverletzte und Kriegsschädigte, die Reichspensionen, die Demobilisierungsvorschriften usw. kamen hinzu. Einen Ueberblick über die Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums wird eine demnächst erscheinende Schrift „Deutsche Sozialpolitik 1918/28“ geben. Bisher waren vier Arbeitsminister im Amt und zwar: Bauer, Schlicke, Trauns und zur Zeit Wiffel. Die Unternehmer verlangen bekanntlich eine Auflösung des Reichsarbeitsministeriums und dessen Angliederung an das Reichswirtschaftsministerium. Die Arbeiterschaft wird dies nie und nimmer zugeben, weil dadurch die Sozialfürsorge ganz empfindlich leiden würde. Der derzeitige Reichswirtschaftsminister hat sich kürzlich ebenfalls gegen eine Vereinigung der beiden Ministerien gewandt, aber ein gedeihliches Zusammenarbeiten für notwendig gehalten. Die Leistungen des Reichsarbeitsministeriums in den ersten zehn Jahren seines Bestehens können sich sehen lassen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, das Reichsarbeitsministerium nicht nur zu erhalten, sondern immer weiter auszubauen.

### Arbeiterversicherung

Und trotzdem errichtet man neue Innungskrankenkassen? Die Innungskrankenkasse des Baugewerkes in Hannover verbreitete am 10. April ein Rundschreiben, in dem es heißt: „Das abgelaufene Jahr war ein Katastrophenjahr für die Innungskrankenkassen des Baugewerbes. Aus allen uns bisher zugegangenen Geschäftsberichten geht deutlich hervor, daß alle diese Kassen nur unter erheblichen Schwierigkeiten den Winter haben durchhalten können. Einige haben, da es an erfahrenen Beamten fehlte, die die Schwierigkeiten hätten meistern können, leider liquidieren müssen, andere gehen mit erheblichen Verpflichtungen in das neue Wirtschaftsjahr hinein. Diejenigen Kassen, die erst im vorigen Jahre neu entstanden sind, befanden sich mangels Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse in besonderer Gefahr, die noch erhöht wurde in den Fällen, in denen die Kasse erst gegen Ende des Jahres ins Leben trat. — Ursache für die erhöhte Inanspruchnahme der Kassen ist die ungünstige Witterung gewesen, die zweifellos viele Krankheiten zur Folge hatte, aber die das sonst gewohnte Maß weit übersteigende Inanspruchnahme ist veranlaßt worden durch die für uns ungünstige Handhabung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Die anfänglich auf 21 Tage festgesetzte Wartezeit löste unter den Bauarbeitern einen panischen Schrecken aus, der sie, nachdem die Arbeitslosenversicherung versagte, zur Krankenkasse trieb, um auf diese Weise die Wartezeit abzukürzen und in den Genuß des Krankengeldes, das zudem auch noch höher war als die Arbeitslosenunterstützung, zu gelangen. Der beiliegende Geschäftsbericht unserer Kasse zeigt deutlich, was es mit den behaupteten Krankheiten auf sich hat. Von den rund 4600 Krankheitsfällen konnten etwa 2000 bereits in der ersten Zahlungsperiode (9 Tage umfassend), weitere 900 in der zweiten Woche zur Heilung gebracht werden, ein Beweis, daß es sich entweder um geringfügige Erkrankungen, wegen der ein Nichtverfügbarmachen überhaupt nicht zum Arzt geht, gehandelt hat oder — was wahrscheinlicher — um das Bestreben gehandelt hat, in den Genuß von Krankengeld zu gelangen. Mindestens 15 % der Ausgabe haben dazu gedient, die Arbeitslosenversicherung zu entlasten, und wir haben alle Ursache, hierfür Erlass zu fordern und dahin zu wirken, daß derartige Vorgänge sich künftig nicht wiederholen. Um die hierzu notwendigen Schritte durch den Hauptverband einleiten zu können, bitten wir die Innungskrankenkassen des Baugewerbes, uns über die sie betreffenden Verhältnisse unter Benützung des beiliegenden Fragebogens unterrichten zu wollen. — Eine

weitere Vorbelastung tragen die Bau-Innungskrankenkassen durch die enorme Zahl von Betriebsunfällen. Wie aus unserem Geschäftsbericht ersichtlich, hatten wir über 1000 Betriebsunfälle zu verzeichnen, also 25 % unserer Krankheitsziffern überhaupt. Die Unkosten hierfür haben, weil durch die meist notwendige chirurgische Behandlung besonders kostspielig, mindestens 120 000 M. betragen, also ein Fünftel der gesamten Ausgabe.

Das Eingeständnis, sagt dazu der „Grundstein“, daß eine Anzahl Kassen wegen Leistungsunfähigkeit nicht zahlen konnten, ist sehr bezeichnend. Sehr bezeichnend ist auch, daß sie geschlossen werden mußten, weil es ihnen an erfahrenen Beamten fehlte. Woran liegt es denn, daß die Beamten der Innungskrankenkassen „unerfahren“ sind? Handelt es sich etwa um die mit Vorliebe zur Führung der Geschäfte an Innungskrankenkassen eingestellten Meisteröhne oder andere Herren ältester Jahrgänge, um ihnen eine Verlorung zu verschaffen? Die Versicherungsvertreter sind ja so gut wie machtlos in den Innungskrankenkassen und können deshalb hierfür nicht mit verantwortlich gemacht werden. Eine Frechheit aber ist es, als Ursache der erhöhten Inanspruchnahme der Krankenversicherung den Kranken Faulheit und selbst Beitrag vorzuwerfen. Sollte dem Hauptverband deutscher Innungskrankenkassen nicht bekannt sein, daß 1927 die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken im Reichsdurchschnitt um 1 % höher war als im Vorjahre? Eine Unverschämtheit ist es auch, angesichts der Tatsache, daß die rechtzeitige Inanspruchnahme eines Arztes geeignet ist, beginnende schwere Krankheiten zu verhindern. Im letzten Teil des Schreibens ist eine zureichende Erklärung für die höhere Krankheitsziffer im Winterhalbjahr 1927 zu finden. Denn 25 % aller Krankheitsfälle sind Berufsunfälle!

### Gewerbe- und soziale Hygiene

Von der Tätigkeit des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden.

Die Bedeutung des Deutschen Hygiene-Museums als Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege nimmt immer größeren Umfang an. Es mag als ein gutes Zeichen für die große internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden 1928 angesehen werden, daß das Interesse für die Bestrebungen des Deutschen Hygiene-Museums durch Nachfrage nach seinen bekannten Wanderausstellungen einen solchen Umfang angenommen hat, daß bereits eine Reihe von Parallel-Ausstellungen geschaffen werden mußten.

Die Wanderausstellung „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen“ wurde in den letzten Monaten in Mainz, Stuttgart, Berlin und Wien gezeigt. Während in Mainz die Ausstellung von rund 22 585 Personen besucht wurde, steigerte sich die Zahl in Stuttgart auf rund 50 000 Personen. Die Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ führte in Chemnitz 33 300 Personen in die Hallen. Hier haben auch die verschiedensten Organisationen unter besonderer Führung geschlossen die Ausstellung besichtigt, zum Beispiel der Textilarbeiterverband, die Arbeiterjugend, die Jahngemeinde etc.

Kleinere Ausstellungen über Gesundheitspflege wurden im Saargebiet gezeigt, und zwar in den Ortschaften St. Wendel, Neunkirchen, Völklingen, Saarouis, St. Ingbert und Merzig. Hier belief sich die Besucherzahl auf insgesamt rund 15 000 Personen. In Kassel hatte ein großer Teil des Materials Aufstellung gefunden in der Ausstellung „Gesundheit durch Selbstübungen“.

Aus den neuen Plänen des Museums ist ersichtlich, daß die Ausstellung „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen“ augenblicklich und in der nächsten Zeit in Ettfittin, Halle a. d. S., Augsburg, Freiburg i. Br., Luxemburg, Kaiserslautern, Heilbronn, Oberstein i. Oldenburg und Aulendorf in der Rheinpfalz zur Aufstellung gelangt. Die Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ ist von Köln nach Gelsenkirchen übergesiedelt. Außerdem wurde eine neue Ausstellung über „Wichtige Ernährung“ geschaffen, die erstmalig in Leipzig gezeigt werden soll und die dort am 29. September eröffnet wurde.

### Aus den Arbeitsgerichten

rd. Kurzarbeiterfürsorge. Ein Fabrikant, in dessen Betrieb die regelmäßige Arbeitszeit wöchentlich 48 Stunden beträgt, hatte wegen Arbeitsmangel Kurzarbeit einführen müssen und beschästigte seine Arbeiter wöchentlich nur viermal je 6 Stunden, also im ganzen 24 Stunden. Infolgedessen forderten die Arbeiter Kurzarbeiterunterstützung; ihr Verlangen wurde aber vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes abgelehnt, weil nicht mindestens 3 volle Arbeitstage ausfielen. — Auf Einspruch des Fabrikanten hatte der Spruchauschuß den Arbeitern die Kurzarbeiterunterstützung gewährt, wogegen der Vorsitzende des Spruchauschusses Berufung einlegte.

Der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hatte nun grundsätzlich darüber zu entscheiden, ob Kurzarbeiterunterstützung nach § 1 Abs. 1 der Anordnung des Reichsarbeitsministers über Kurzarbeiterfürsorge in der Fassung der Verordnung vom 23. September 1927 auch dann zu gewähren ist, wenn zwar nicht 3, 4 oder 5 ganze Arbeitstage ausfallen, aber doch insgesamt der Ausfall der Arbeitszeit dem Ausfall von 3, 4 oder 5 vollen Arbeitstagen gleichkommt.

Der Spruchsenat hat diese Frage verneint. Nach der klaren Fassung des § 1 Abs. 1 der Anordnung des Reichsarbeitsministers über Kurzarbeiterfürsorge wird Kurzarbeiterunterstützung nur dann gewährt, wenn in einer Kalenderwoche 3, 4 oder 5 „volle“ Arbeitstage ausfallen. Das Wort „voll“ ist sprachlich ganz eindeutig. Es bedeutet zwingend, daß „ganze“ Arbeitstage ausfallen müssen. Hätte bestimmt werden sollen, daß jeder Ausfall an Arbeitszeit, der dem Ausfall von 3, 4 oder 5 Arbeitstagen insgesamt gleichkommt, zur Kurzarbeiterunterstützung berechtigt, so wäre das Wort „voll“ sprachlich überflüssig und verwirrend. — Uebrigens hat sich auch der Reichsarbeitsminister, der sich bereits früher mit dieser Frage befaßte, bisher in demselben Sinne ausgesprochen. (Reichsversicherungsamt, II a. Nr. 96, 28.)

### Wohnung und Gerichte

Veräumung des Widerspruchs durch den Mieter.

Von A. Freymuth,

Senatspräsident am Kammergericht i. R.

1. Allgemeines. Das Mieterschutzgesetz neuer Fassung (gültig vom 1. April 1928 an) ist in der Presse in den Grundzügen vielfach dargestellt worden. Dabei konnte jedoch eine für den Mieter besonders wichtige Sonderfrage nicht ausgiebig genug erörtert werden, nämlich die Frage, wie sich die Sachlage gestaltet, wenn der Mieter den rechtzeitigen Widerspruch veräußt. Diese Frage bedarf einer besonderen Besprechung.

Das neu eingeführte Kündigungsverfahren ist folgenden Einschränkungen unterworfen:

a) Die Kündigung kann nicht nach Gutdünken des Vermieters erfolgen, sondern lediglich aus den Gründen, die auch die Aufhebungsklage rechtfertigen, das sind: Belästigung des Vermieters — Rückstand mit mindestens einem Monatsmietzins — dringender Eigenbedarf des Vermieters.

b) Die Kündigung des Vermieters ist nicht unmittelbar an den Mieter zu richten, sondern beim Amtsgericht einzureichen. Der Urkundsbeamte des Amtsgerichts stellt das Kündigungsschreiben dem Mieter zu. Dieser hat 2 Wochen seit Zustellung Zeit zum Widerspruch.

2. Erhebt der Mieter nicht rechtzeitig Widerspruch, wie ist die Rechtslage dann?

a) Räumungsbefehl. Ist kein Widerspruch des Mieters gegen das Kündigungsschreiben erfolgt, so kann der Vermieter bei dem Urkundsbeamten des Amtsgerichts den Räumungsbefehl beantragen. Für den Antrag hat der Vermieter eine Frist von einem Monat seit Ablauf der Widerspruchsfrist. Hier ist nun noch eine Rettungsmöglichkeit für den Mieter offen: Das Gesetz bestimmt, daß der Räumungsbefehl nicht zu erlassen ist, wenn die Widerspruchsfrist zwar schon abgelaufen ist, aber nun noch der Widerspruch des Mieters einläuft, ehe der Räumungsbefehl verfügt ist. Zum Beispiel: Die Widerspruchsfrist sei am 27. März abgelaufen. Der Vermieter beantragt am 10. April — also rechtzeitig — den Räumungsbefehl. Der Urkundsbeamte stellt noch gewisse Prüfungen und Erwägungen an. Mittlerweile läuft noch, sagen wir am 13. April, der Widerspruch des Mieters ein. Hatte der Urkundsbeamte zu dieser Zeit den Räumungsbefehl noch nicht erlassen, so darf er ihn jetzt nicht mehr erlassen. Der Widerspruch des Mieters, obwohl verspätet, wirkt doch noch zu seinen Gunsten. Hatte aber der Urkundsbeamte zum Beispiel am 12. April den Räumungsbefehl schon verfügt — mag er auch noch nicht dem Mieter zugestellt sein —, so ist der erst am 13. April eingelaufene Widerspruch des Mieters nicht mehr zu berücksichtigen.

b) Räumungsfrist. Wenn der Mieter an sich räumen will, aber noch eine bestimmte Räumungsfrist beansprucht, so kann er einen solchen Antrag unter Angabe der gewünschten Frist (zum Beispiel zwei Wochen, einen Monat) beim Amtsgericht stellen. Dieser Antrag ist zu berücksichtigen, wenn er noch vor Verfügung des Räumungsbefehls eingeht (vergleiche a). Ist der Vermieter einverstanden, so ergeht dann zwar der Räumungsbefehl, aber mit der Maßgabe, daß die Vollstreckung von dem Ablauf der beantragten Räumungsfrist abhängig gemacht wird. Die Frist beginnt mit dem Tage, für den die Kündigung erfolgt ist. Zum Beispiel: Kündigung auf den 30. Juni. Einen Monat Räumungsfrist bewilligt und beantragt; Ablauf dieser Frist 31. Juli.

c) Einspruch. Der Räumungsbefehl steht einem auf eine Aufhebungsklage ergangenen Verdämnisurteil gleich. Daher ist gegen ihn — mit nur einer Woche Frist — noch der „Einspruch“ — nicht zu verwechseln mit dem oben behandelten „Widerspruch“ — statthaft. Wird der Einspruch nicht erhoben, so wird der Räumungsbefehl rechtskräftig. Wird er erhoben, so geht der Rechtsgang in das Räumungsklageverfahren über.

3. Rechtsbeschränkung. Hier ist aber gegenüber dem sonstigen Prozeßverfahren ein sehr bedeutsamer Unterschied: Ist der Räumungsbefehl ordnungsmäßig erlassen, so ist in dem weiteren Verfahren eine Nachprüfung der im Kündigungsschreiben geltend gemachten Aufhebungsgründe nur zulässig, wenn entweder die Veräußung des rechtzeitigen Widerspruchs nicht auf einem Verschulden des Mieters beruht,

oder wenn der Mieter innerhalb der Widerspruchsfrist dem Vermieter erklärt hat, daß er die Herausgabe des Mietraumes ablehne.

Der Sachverhalt ist also folgender: Dem Mieter wird zunächst das Kündigungsschreiben zugestellt. In ihm soll als Kündigungsgrund beispielsweise angegeben sein, daß der Mieter zu zwei verschiedenen Malen, dann und dann, den Vermieter mit groben Schimpfsworten überschüttet und mit Totschlägen bedroht habe. Der Mieter veräußt die zweiwöchige Widerspruchsfrist (oben 2a). Es erfolgt gegen ihn der Räumungsbefehl. Jetzt kann er gegen diesen Räumungsbefehl noch binnen einer Woche Einspruch erheben und dadurch das weitere Prozeßverfahren in Gang bringen. Aber: die sachliche Verteidigung, das Bestreiten der in der Kündigung angegebenen Kündigungsfälle, ist im allgemeinen nicht mehr möglich, das Gericht darf sie nicht nachprüfen, sondern muß sie als Tatsache erwiesen unterstellen — abgesehen von zwei Sachständen: Unverschuldete Widerspruchsveräußung oder Ablehnungserklärung.

4. Unverschuldete Widerspruchsveräußung. Der Mieter kann die in der Kündigung angegebenen Kündigungsgründe dann in vollem Umfange angreifen, wenn die Veräußung des rechtzeitigen Widerspruchs nicht auf seinem Verschulden beruht. Ob dies der Fall ist, ist Tatfrage und unterliegt dem Ermessen des Gerichts. Allgemeine Grundätze werden sich für die Frage, ob das Unterlassen des Widerspruchs unverschuldet war, kaum aufstellen lassen.

5. Ablehnungserklärung. Auch dann kann der Mieter seine sachlichen Einwände ungehindert vorbringen, wenn er innerhalb der Widerspruchsfrist zwar nicht Widerspruch eingelegt, aber dem Vermieter erklärt hat, daß er die Herausgabe des Mietraumes ablehne. Hier

liegt der Fall so: Der Mieter hat die Kündigung zugestellt erhalten, hat aber nicht innerhalb der zweiwöchigen Widerspruchsfrist Widerspruch erhoben. Wohl hat er aber innerhalb dieser zwei Wochen — auf Wahrung dieser Frist kommt es nicht an — dem Vermieter erklärt, daß er die Herausgabe des Mietraumes ablehne. In diesem Falle kann er, wenn er demnächst rechtzeitig (also binnen einer Woche, oben 2c) gegen den Räumungsbefehl noch Einspruch einlegt, sich sachlich gegen die Kündigungsgründe wehren.

Die Erklärung gegenüber dem Vermieter kann in jeder Form erfolgen, also auch mündlich. Aber der Mieter muß seine Erklärung beweisen. Er tut daher gut, sich dazu einen oder besser noch zwei Zeugen mitzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß die Zeugen auch den Tag der Erklärung sich genau merken. Es wird nicht darauf ankommen, daß er gerade die Worte gebraucht, daß er „die Herausgabe des Mietraumes ablehne“. Es wird genügen, wenn er dem Vermieter gegenüber deutlich zum Ausdruck bringt, daß er nicht räumen wolle, zum Beispiel auch mit den Worten, daß er die Kündigung nicht anerkenne, oder mit ähnlichen Wendungen.

Der Mieter kann mit der Abgabe der Ablehnungserklärung auch einen Dritten betrauen, zum Beispiel seine Frau, seinen Sohn, seinen Vater oder irgendeinen Fremden. Eine schriftliche Vollmacht ist an sich nicht nötig, die mündliche genügt. Der Vermieter ist aber berechtigt, von dem Vertreter die Vorlegung einer schriftlichen Vollmacht zu verlangen. Kann der Vertreter diese nicht vorlegen, so ist der Vermieter berechtigt, die Erklärung sofort zurückzuweisen. Tut er dies, so ist dann die Ablehnungserklärung unwirksam (Bürgerl. Gesetzb. § 174).

6. a) Zahlung. Wird die Kündigung lediglich auf den Rückstand des Mietzinses gestützt und zahlt der Mieter binnen der zweiwöchigen Widerspruchsfrist den in dem Kündigungsschreiben angegebenen Rückstand, so verliert die Kündigung ihre Kraft. Es darf also dann, auch wenn kein Widerspruch erhoben wird, der Räumungsbefehl nicht erlassen werden. Wird er doch erlassen — weil zum Beispiel der Vermieter unter Verschmelzung der Zahlung den Räumungsbefehl beantragt und der Urkundsbeamte von der Zahlung nichts weiß —, so ist er im Sinne des Gesetzes nicht „ordnungsmäßig“ erlassen. Der Mieter muß dann gegen den Räumungsbefehl Einspruch erheben. Tut er dies, so hat das Gericht nicht weiter zu prüfen, ob die Unterlassung des Widerspruchs gegen die Kündigung schuldhaft war oder nicht, auch er nicht, ob der Mieter dem Vermieter rechtzeitig die Ablehnung der Herausgabe erklärt hat (vergleiche oben 5). Vielmehr ist im Falle der Zahlung auf den Einspruch des Mieters der Räumungsbefehl ohne weiteres aufzuheben. Die Kosten des Verfahrens muß aber der Mieter tragen. Es ist aber wohl zu beachten, daß die Zahlung des Rückstandes diese Wirkung nur dann hat, wenn sie innerhalb der zweiwöchigen Widerspruchsfrist erfolgt. Eine spätere Zahlung würde die Wirkung der Kündigung nicht mehr beseitigen können. Es ist dem Mieter in jedem Falle zu raten, nicht bloß zu zahlen, sondern außerdem Widerspruch zu erheben.

b) Aufrechnung. Ebenso wie die Zahlung binnen der zweiwöchigen Widerspruchsfrist wirkt die Aufrechnung. In vielen Mietverträgen findet sich die Vertragsbestimmung, daß der Mieter mit Gegenforderungen gegen den Mietzins nicht aufrechnen dürfe. Hierzu hat das Mieterschutzgesetz folgende Vorschrift gegeben: Auf ein solches vertragliches Aufrechnungsverbot kann sich der Vermieter nicht berufen. Doch muß zuvor der Mieter die zuständige Amtsstelle (Wohnungsamt, Mietinspektion und dergleichen) angegangen, und diese Amtsstelle muß erklärt haben, daß die Ausbesserung erforderlich sei — denn regelmäßig betrifft das vertragliche Aufrechnungsverbot den Ersatz der vom Mieter gemachten Ausbesserungen. Nur in diesem Falle ist dann also der Mieter zur Aufrechnung berechtigt, und nur in diesem Falle wird dann durch die Aufrechnung die Kündigung hinfällig. Auch hier aber ist, entsprechend wie bei der Zahlung (vergleiche oben) erforderlich, daß die Aufrechnung binnen der zweiwöchigen Widerspruchsfrist erfolgt. Die Aufrechnung muß durch den Mieter gegenüber dem Vermieter erklärt werden; es genügt nicht, daß dem Mieter der Gegenanspruch zusteht. Eine mündliche Erklärung genügt, eine schriftliche ist aber naturgemäß, der Beweisfrage halber, vorzuziehen.

### Vom Ausland

Der Kanadische Gewerkschaftskongress für die 44-Stundenwoche.

Der 44. Kongress des Kanadischen Gewerkschaftsbundes, dem mehr als 400 Delegierte aus allen Teilen des Landes beiwohnten und der laut dem Bericht der Exekutive in einer Zeit allgemeiner Erstarkung und Mitgliederzunahme zusammentritt, sprach sich einstimmig zugunsten der 44-Stunden-Woche mit 5 Arbeitstagen aus. „Die Arbeiter haben Anrecht auf die 44-Stunden-Woche; sie ist fällig auf Grund der gewaltig erhöhten Produktivität des einzelnen Arbeiters, der Einführung besserer Maschinen usw. Irgendwelche Herabsetzung des Lebensstandards der Arbeiter wird nicht geduldet werden, und es wird speziell festgestellt, dass der Wochenlohn bei der verkürzten Arbeitszeit so hoch oder noch höher sein soll als der jetzige Lohn.“ Die Stellungnahme gegenüber den Kommunisten, die in Kanada in neuester Zeit zu den akuten Problemen gehört, wurde durch die Ungültigkeitserklärung des Mandats von Jack MacDonald, Sekretärs der Kommunistischen Partei Kanadas, geklärt.

Der Kongress der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei

tagte Ende September in Reichenberg. Wie der Bericht der Gewerkschaftskommission mitteilt, haben sich seit dem letzten Gewerkschaftskongress, der im Dezember 1924 stattgefunden hat, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der freien Gewerkschaften einigermassen gebessert. In die Jahre 1920 bis 1923 fällt der Rückgang in der Zahl der in den freien Gewerkschaften Organisier-

ten infolge der schweren Deflationskrise und der Zerspaltung der Arbeiterbewegung durch die Kommunisten. Was da für ein Verbrechen an den Gewerkschaften begangen wurde, lehrt der Rückgang der Mitglieder der freien Gewerkschaften — und war sowohl der der Prager als auch der Reichenberger Kommission angeschlossenen — in diesen drei Jahren von 1 225 772 auf 541 398.

Die bessere Wirtschaftskontunktur und das Scheitern des Versuches der Kommunisten, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen, haben seit 1924 eine gewisse Stabilität in der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften herbeigeführt. Ende 1926 betrug — nach dem uns vorliegenden Bericht der Zentralgewerkschaftskommission an den Reichenberger Kongress — die Anzahl der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes 208 109, der Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinerung 847 564, zusammen 550 733; am 31. Dezember 1927 vereinigte der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinen Reihen 208 337 Mitglieder. Sicher ist es bedauerlich, dass die günstigere wirtschaftliche Kontunktur nicht in einem Wachstum der organisierten Gewerkschaften zum Ausdruck kommt, eine Erscheinung, die die Gewerkschaften aller Richtungen der Tschechoslowakei betrifft. (Die kommunistischen Gewerkschaften haben sogar von 1924 bis 1926 einen empfindlichen Rückschlag von 210 611 auf 196 509 zu verzeichnen.) Die Arbeiterschaft ist infolge der Zerspaltung in ihren eigenen Reihen vielfach gleichgültig geworden, und so kann die Tschechoslowakei vorläufig noch nicht an dem Aufschwung der Gewerkschaften teilnehmen, der auch in anderen Ländern, vor allem im Deutschen Reiche, im Gefolge der Kontunktur von 1927 und 1928 einhergeht. Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterschaft in den nächsten Jahren, Belebung ihres Mutes, Kampffreudigkeit und Erkenntnis der kommunistischen Irrlehren sind die Parolen, in deren Zeichen der rasche Wiederaufstieg der Gewerkschaften erfolgen wird. Dass zum Pessimismus kein Grund vorhanden ist, lehren verschiedene nüchterne Erwägungen. Einmal zeigt uns die gewerkschaftliche Statistik, dass die tschechischen Gewerkschaften trotz des grossen Rückschlages, der in den Jahren 1920 bis 1923 erfolgte, weit über den Stand der Vorkriegszeit hinaus sind.

**Fachtechnisches**

**Preiswettbewerb**

**3000 M Preiswettbewerb zur Gewinnung von Aufklärungsschriften über die Bedeutung von Lack und Farbe in Wirtschaft und Leben.**

Der Reichsausschuss für Sachwertehaltung durch Anstrich hat es sich zum Ziel gesetzt, jeden deutschen Sachwertbesitzer, jede deutsche Hausfrau dazu zu bringen, die Wichtigkeit des Farbenanstrichs einzusehen.

Farbe und Lack erhalten das Volkvermögen, bewahren Stein, Holz, Metall, Bauten, Schiffe, Maschinen, Heim und Hausrat vor Verfall; Farbe und Lack schaffen saubere und gesunde Räume, schützen somit vor Krankheit; Farbe und Lack bringen Schönheit und Freude ins graue, trübe Dasein. Diese, unsere Gedanken wollen wir dem ganzen deutschen Volk einhämmern! Dazu brauchen wir Hilfe.

Wir wenden uns daher mit diesem Preiswettbewerb an alle, die dem breiten Publikum in Stadt und Land über Lack und Farbe im weitesten Sinne etwas zu sagen haben, sei es vom wirtschaftlichen, hygienischen oder ästhetischen Standpunkt aus. Artikel aus der Feder des handwerklichen Praktikers sind uns ebenso willkommen, wie die des berufsmässigen Schriftstellers. Es kommen also in Betracht: Aufsätze über Hausanstriche oder über Teile des Hausanstrichs wie Fensterlackierung, Gartenmöbel- und Möbel-Lackierung, Fabrik-Anstriche, Eisenanstrich von Brücken usw., deren Inhalt volkstümlich fasslich für einen grossen Interessentenkreis geschrieben ist.

**Bedingungen:**

1. Die Aufsätze sind in deutscher Sprache zu schreiben und sollen einen Umfang von höchstens 6 (wenigstens 3) Schreibmaschinenseiten haben (Quartformat, ungefähr 25 Zeilen auf der Seite, einseitig beschriften). Jede Arbeit ist in dreifacher Ausfertigung einzureichen. Jeder Durchschlag muß in der linken oberen Ecke des ersten Blattes das gleiche Kennwort tragen. Den drei Ausfertigungen ist ein geschlossener Briefumschlag beizulegen, der ausser dem Kennwort, innen Namen und Wohnung des Verfassers (mit Rückporto) angibt.

2. Die Artikel sind bis zum 31. Oktober 1928 mit dem Vermerk „Preiswettbewerb“ an die Geschäftsstelle des Reichsausschusses für Sachwertehaltung durch Anstrich, Berlin, W. 30, Bayerscher Platz 6, zu senden.

3. Das Preisgericht haben übernommen: Dr. E. Affner, Wandsee, Direktor Langhoff, Berlin, Willy Lehmann, Berlin, Otto Streine, Hamburg, Dr. Twittenhoff, Berlin.

4. Für die nach Ansicht der Preisrichter besten Artikel werden folgende Preise ausgesetzt:

- ein 1. Preis 500 M
- zwei Preise à 250 "
- zehn Preise à 100 "
- zwanzig Preise à 50 "

Falls nicht 33 preiswürdige Artikel einlaufen, bleibt den Preisrichtern auch eine andere Verteilung des Gesamtbetrages überlassen. In jedem Falle wird aber mindestens eine Gesamtsumme von 1500 M zur Verteilung gelangen.

5. Die mit Preisen ausgezeichneten Artikel gehen mit allen Rechten der Verwendung, also auch des Abdrucks in Zeitungen und Zeitschriften in das Eigentum des Preisgerichtes über. Die Preisrichter sind verpflichtet, notwendige kleine Änderungen zu gestatten.

6. Die nicht preisgekürnten Artikel werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beilag. Die übrigen Artikel werden nach Abschluß der Arbeiten des Preisgerichtes vernichtet. Gegebenenfalls wird mit den Verfassern über Ankauf der Aufsätze bzw. weitere Zusammenarbeit besonders verhandelt werden.

Ueber das Ergebnis des Preiswettbewerbs werden wir später berichten.

# FACHBLATT DER MALER

**ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!**

Eine Offahrt deutscher Anstrichfachleute. Der beim Verein deutscher Ingenieure bestehende Fachauschuss für Anstrichtechnik, dem die führenden Fachleute aus Wissenschaft, Industrie und Handwerk angehören und der in weitestgehendem Maße bei Durchführung anstrichtechnischer Forschungsarbeiten von Behörden, Verbänden und Firmen unterstützt wird, hat Anfang Oktober seine Mitglieder zu anstrichtechnischen Erörterungsabenden nach Danzig und Königsberg eingeladen. Die Beratungsgegenstände waren den Belangen des Ostens angepaßt und behandelten Tagesfragen des Anstrichs im Schiffbau, in der Landwirtschaft und im Verkehrswesen. Die sehr lebhafteste Beteiligung an den Veranstaltungen bewies den grossen Wert, der einer Zusammenkunft der Anstrichfachleute aus den Kreisen der Ingenieure, der Chemiker, der Handwerker, der Behörden usw. zu unmittelbaren mündlichen Aussprachen beizumessen ist. Die Durchführung der Anstrichtechnik mit wissenschaftlichem Geist gibt so viele Möglichkeiten der gegenseitigen Anregung, daß die etwa monatlich an wechselnden Orten Deutschlands veranstalteten Sprechabende zweifellos einem starken Bedürfnis entgegenkommen. Zu den Sprechabenden des Fachauschusses für Anstrichtechnik ist jeder Interessent gern eingeladen; die Teilnahme ist kostenlos. Die Geschäftsstelle des Ausschusses befindet sich in Berlin NW. 7, Ingenieurhaus.

Ueber die Tagung des „Fachauschusses für Anstrichtechnik“ in der Technischen Hochschule zu Danzig schreibt uns ein Kollege:

Der bekannte Chemiker Herr Dr. Wolf sprach zuerst über das Thema „Technische Anstrichfragen des Schiffbaues“. Der Redner ging besonders auf die Anstriche für den Schiffskörper ein. Die Anstriche der Außenhaut, Rohrleitungen und Tanks wurden besonders behandelt und hierbei die technischen Fragen der Rostschuttfarbe, für die Außenhaut deren Vergiftungen durch Quecksilber und Kupferverbindungen beleuchtet. Ferner die Beschaffenheit der Bindemittel und deren Eignung beziehungsweise Wertlosigkeit erörtert. Insbesondere hob der Redner die Wertlosigkeit der „Nitrocellulose-Lackfilme“ hervor. Dieses Gebiet sei neu, so daß darüber heute noch wenig zu sagen sei. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß sie sich nur zu leicht vom Untergrund ablösen. Die Anstriche der Rohrleitungen und Tanks bereiten die größten Schwierigkeiten. Am besten sollen sich bis jetzt Anstriche mit Aluminium und gutem Holzölack verbunden, bewährt haben. Die Schlussfolgerungen des Redners gipfelten darin, daß die Erfahrungen meist aus der Praxis gewonnen, daher nicht reiflos sicher seien. Er tritt deshalb für Vornahme von Proben auf einem Schiffe nach guter Vorbereitung ein. In der Ansprache wurde unter anderm von Dr. Alfow gefordert, daß die Schiffsanstriche auf maschinentechnischem Wege ausgeführt werden müßten und die Ingenieure dafür Sorge tragen sollten. Der Handanstrich sei zu teuer. Er sang den Celluloseanstrichen und -polituren ein Loblied und reichte Proben hierfür herem. Weiterhin tauschten akademische Fachleute des Schiffbaues und anscheinend Vertreter von Fabrikanten ihre Erfahrungen unter einander aus.

Der zweite Teil der Veranstaltung wurde durch eine Filmvorführung, die das neuzeitliche Anstreichen in einer Eisenbahnbetriebs-Reparaturwerkstatt zeigte, ausgefüllt. Es wurden eine Schleif- und Streichmaschine sowie Spritzpistolen und maschinelle Entrostungswerkzeuge im Wilde vorgeführt. Hierbei fiel besonders auf, daß die Schutzvorrichtungen auf den Bildern nur mangelhaft in Erscheinung traten. Es wurde dann auch in der Ansprache von dem Malermeister Schlüter die Meinung vertreten, daß der Film nicht die wahre Arbeitsmethode zeige, sondern in Wirklichkeit viel vor- und umsichtiger gearbeitet werden müsse. Er gab seine Erfahrungen über Arbeiten, die er in Berlin und Hamburg beim Spritzverfahren gemacht habe, zur Kenntnis. Hierdurch sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn die Gefährlichkeit der Farbnebel nicht beseitigt oder ganz besonders eingedämmt würde, die Verbände der Meister und Gehilfen ein Verbot sämtlicher Bleifarben vom Staat verlangen müßten.

Die Gefährlichkeit der Farbnebel wurde auch noch von andern Herren anerkannt, und hervorgehoben, daß in einem Eisenbahnbetriebe bei Berlin jetzt „Fruchtluftzugmasken“ verwendet würden, die sich gut bewähren sollen.

Ein Vertreter des Fachauschusses erklärte zur Frage der Farbnebel, daß der Fachauschuss sämtliche Apparate auf ihre Gefährlichkeit hin hat prüfen lassen, worüber noch berichtet werde.

**Literarisches**

Kommt die Eiszeit wieder? Ueber diese wichtige Frage, die im Volksleben eine große Rolle spielt, gibt der erste Artikel des wieder sehr reich bebilderten Septemberheftes der Urania, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, von H. S. Franke, eine klare, dem als letzte Buchbeilage des 4. Jahrgangs des ausgezeichneten Werk von Helmut Wagner, Urania und Gesellschaft, beilieg. Der folgende Aufsatz „Ueber die Entstehung der Eiszeit“, mit schönen, eigenen Aufnahmen des Verfassers H. Drechsler, ist ein Beitrag zur Klärung der Mannigfaltigkeit des Pflanzenwuchses. Ueber menschl. Kultur in der Eiszeit berichtet sehr interessant Dr. E. Fuld und gibt damit über ein sehr altes Thema eine neue Auffassung. Die Entwicklung des Segefluges und seine Bedeutung für die Flugzeugindustrie zeigt H. Wiedemann in dem Artikel „Der Flug der Vögel“. „Segefliegen“. Das Heft „Soziales Wandern“ bringt diesmal über die Lastindustrie im Thüringer Wald und das andere Heft „Amerikas“, das in den vielen Bildern der einmal Drillingen keine Erwähnung und Darstellung findet, gute Aufklärung. Dieser Nummer liegt als letzter des 4. Jahrgangs auch deren Inhaltsverzeichnis bei. Gerade aus diesem Heft erfährt man deshalb noch einmal sehr deutlich, wie wertvoll und wichtig die „Urania“ für die schaffende Menschheit ist, die noch für die richtige gesellschaftliche Wertung ihrer Arbeit kämpfen muß. Wir können nur immer wieder jedem Leser empfehlen, selbst Abonnent dieser interessanten Zeitschrift zu werden, zumal am 1. Oktober ein neuer Jahrgang beginnt. Auf Verlangen stellt die Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. in Jena jederzeit jedem Interessierten vollständig kostenlos Probehefte und Prospekte zur Verfügung.

„Gesundheit und Gesellschaft“ von Helmut Wagner, Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Jena, Preis 1,50 M. in Ganzleinen 2 M. Vorzugsausgabe 2,70 M. Das Buchlein beginnt mit einer Kritik der herrschenden Auffassung über dem Gebiete des menschlichen Sexuallebens. Es wendet sich in erster Linie an die jüngere Generation des Proletariats, die heute überall in die Arbeiterbewegung eintritt und an der Umgestaltung der gegenwärtigen widerwärtigen Gesellschaft schon praktisch tätig ist. Ihr wird dieses Buchlein eine ausgezeichnete Diskussionshilfe für die Orientierung und Befreiung des öffentlichen wie des eigenen Lebens sein. Die „Urania“ ist ein Werk, das die klare Ausdrucksweise geben diesem Werte einen besonderen Vorzug. Für alt und jung gleich bedeutsam und wichtig. Das Werk ist auch technisch gut ausgestattet. Wir können jedem jungen Menschen, jedem Vater und jeder Mutter nur raten, auch dieses wichtige Werk der „Urania“ anzuschaffen. Es empfiehlt sich überhaupt, Abonnent der „Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, zu werden. Die Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena, stellt gern kostenlos Probehefte und Prospekte sowie Verzeichnisse der bereits erschienenen Werke zur Verfügung.

Dr. med. Friedrich Bötzer, Dauerheilung der Gicht, Schwäche und der von ihr abhängigen chronischen Leiden: Neuralgie, Neurose, Basedow, Neurasthenie, Arterienverhärtung, Fettucht, Gicht, Nervenkrankheit. 10. Auflage. Preis 2 M. Bruno Willens Verlag in Hannover. — Diese für jeden verständliche Darstellung eines neuen Selbstheilungsmittels und einer neuen Diät zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil werden die von verlässlicher Herzschwäche abhängigen chronischen Krankheiten eingehend behandelt. Der zweite Teil enthält ausführliche Angaben über Entstehung, Verhütung und Heilung der Herzschwäche. Neben die ärztliche Therapie stellt der bekannte Spezialist die fast- und salzfreie Therapie, die sehr gründlich unter Beigabe von Tabeletten über den Kaligehalt der Nahrungsmittel- und Genussmittel dargestellt wird. Der dritte Teil des Buches enthält zahlreiche Schilderungen von Krankheitsfällen gebetter Patienten als Beweismaterial, darunter eine besondere Abteilung mit Krankengeschichten gebetter namhafter Ärzte.

Die Gemeinwirtschaft. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, ist für jeden an der gemeinwirtschaftlichen Bewegung Interessierten eine außerordentlich wertvolle Zeitschrift. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M. Die Bestellung kann erfolgen, bei jeder Volksbuchhandlung, jeder Post und direkt beim Verlag: Die Gemeinwirtschaft, Hermsdorf i. Thür., Probenummern umsonst vom Verlag. „Gemeinwirtschafts-Archiv“, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwilling, Jena, Verlag Karl Zwilling, Verlagsbuchhandlung, Jena, St. Jakob-Strasse 36. Vierteljahresabonnement 3,60 M. Den Ortsverwaltungen wegen des anregenden Inhalts und der gründlichen Behandlung gewerkschaftlicher Probleme zum Abonnement empfohlen.

**Vereinsteil**

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Durch die Wahl des Kollegen Bäß zum Verbandsvorsitzenden ist die Stelle eines Bezirksleiters für den 7. Bezirk mit dem Sitz in München neu zu besetzen. Für die Stelle kann nur ein Kollege in Betracht kommen, der die Entwicklung, die Einrichtungen und die Geschäftsführung unseres Verbandes, besonders auch in kassentechnischer Hinsicht, genau kennt, rednerische und organisatorische Fähigkeiten besitzt und mindestens 5 Jahre Mitglied ist.

Kollegen, die sich für diesen Posten geeignet halten, wollen ihr Bewerbungsschreiben bis 3. November 1928 beim Verbandsvorstand einreichen. Das handschriftlich abgefaßte Bewerbungsschreiben muß einen kurzen Lebenslauf und eine Darstellung der Aufgaben eines Bezirksleiters in unserm Verbande enthalten. Der Verbandsvorstand.

Vom 15. bis 21. Oktober ist die 42. Beitragswoche  
Vom 22. bis 28. Oktober ist die 43. Beitragswoche

**Sterbetafel.**

Glensburg. Am 9. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Wilhelm Green, geboren am 5. April 1867 zu Eckernförde.

Stolp. Am 1. Oktober starb nach langer Krankheit an Leberleiden unser treuer Kollege Friz Wunze im Alter von 36 Jahren.

Ehret ihrem Andenken!